

Jahresabschluss und Lagebericht der Deutschen Bank AG 2006



01 // Lagebericht	
Wirtschaftliche Entwicklung in 2006	02
Erfolgsrechnung	03
Bilanz	06
Vergütungsbericht	08
Sonstige Angaben	11
Risikobericht	14
Ausblick	17
02 // Jahresabschluss	
Bilanz der Deutschen Bank AG	22
Gewinn-und-Verlust-Rechnung der Deutschen Bank AG	24
03 // Anhang	
Grundlagen und Methoden	26
Erläuterungen zur Bilanz	28
Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung	40
Sonstige Angaben	42
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	43
04 // Gremien	
Vorstand	44
Aufsichtsrat	45
Regional Advisory Boards	47

Lagebericht

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN 2006

Die Weltwirtschaft expandierte im vergangenen Jahr erneut um 5 %. Damit lag das Wachstumstempo weiter deutlich über dem Potenzial. Rund die Hälfte des weltweiten Anstiegs des realen Bruttoinlandsprodukts entfiel auf China und die Vereinigten Staaten. Hier betragen die Wachstumsraten 10,7 % beziehungsweise 3,4 %. In Japan verharrte das Expansionstempo bei gut 2 %, während sich der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts im Euroraum auf 2,7 % nahezu verdoppelte. Dabei konnte Deutschland, gestützt auf Sonderfaktoren, insbesondere die Fußballweltmeisterschaft und Vorzieheffekte der Mehrwertsteuererhöhung, mit dem Wachstumstempo seiner Nachbarländer mithalten. Das deutsche reale Bruttoinlandsprodukt nahm 2006 ebenfalls um 2,7 % zu. In den vergangenen Jahren lag Deutschland noch deutlich hinter dem Wachstum der anderen Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion zurück. Die Kapitalmärkte blieben 2006 insgesamt freundlich, obwohl die globale Geldpolitik restriktiver wurde. Die Amerikanische Notenbank hob ihre Leitzinsen um weitere 200 Basispunkte auf 5,25 % an. Die Europäische Zentralbank verschärfte ihren Ende 2005 eingeschlagenen Zinserhöhungskurs mit Leitzinsanhebungen um 100 Basispunkte auf 3,5 %. Auch die Japanische Zentralbank beendete ihre extrem lockere Geldpolitik mit einer ersten Anhebung ihrer Leitzinsen auf 0,25 %. Im Aufwind blieben auch 2006 die Aktienmärkte. Der DAX verbesserte sich im vergangenen Jahr um 22 %. Der Dow Jones stieg um 16 %. Der Nikkei-Index legte lediglich um 7 % zu; dies allerdings nach einem Anstieg um 40 % in 2005.

Den Banken gelang es 2006, ihre schon zuvor auf Rekordniveau liegenden Gewinne erneut deutlich zu steigern. Ein ausgesprochen positives Kapitalmarktumfeld und eine noch immer akkommodierende Geldpolitik trugen maßgeblich zum weiteren Ertragsplus bei. Handels- und Provisionsergebnisse erreichten dank der fortgesetzten Hausse an den internationalen Finanzmärkten und des Ausbleibens negativer Schocks neue Allzeithochs. Die Entwicklung der Zinserträge verlief dagegen schwach wie schon im Vorjahr, so dass zinsunabhängige Ertragskomponenten für die Banken relativ weiter an Bedeutung gewannen. Unter dem Druck steigender Zinsen in den wichtigsten Industrieländern flachte das Wachstum im Bereich der zuletzt so dynamischen Hypothekenkredite in einer Reihe von Märkten ab, auch wenn sich der Zinszyklus – ausgehend von den USA – zu drehen begann. Auf der anderen Seite konnte das Geschäft mit Konsumentenkrediten weiter zulegen und profitierte dabei vom Optimismus der Privathaushalte auf Grund der günstigen gesamtwirtschaftlichen Lage. Die deutliche Belebung der Investitionen im europäischen Unternehmenssektor, insbesondere auch in Deutschland, sowie die hohe M&A-Intensität verhalfen den Banken zudem zu einer kräftigen Ausweitung ihrer Firmenkredite. Der guten Nachfrageentwicklung zum Trotz verhinderte der anhaltend starke Wettbewerb eine Verbesserung der angespannten Margensituation. Die Risikovorsorge legte im Jahresverlauf, von im historischen Vergleich sehr niedrigen Niveaus aus, deutlich zu, blieb allerdings im Einklang mit geringen Ausfallraten ausgesprochen begrenzt. Gleichzeitig richteten viele Banken nach Jahren strikter Kostenkontrolle und konservativen Kapitalmanagements den Fokus wieder auf stärkeres Wachstum, sowohl organisch als auch durch Übernahmen und Fusionen. Entsprechend setzte sich die Konsolidierung im europäischen Bankensektor und in den USA über grenzüberschreitende wie nationale Zusammenschlüsse fort. Insgesamt blieben die Kostensteigerungen durch höhere Investitionen und einen moderaten Personalaufbau aber unter dem Anstieg der Erträge.

ERFOLGSRECHNUNG

Vor dem Hintergrund des wirtschaftlich günstigen Umfelds und der robusten Verfassung der Finanzmärkte verlief das Geschäftsjahr 2006 für die Deutsche Bank AG sehr erfolgreich. Zu dem hervorragenden Ergebnis haben alle Bereiche der Bank beigetragen. Beim Vergleich der Zahlen mit dem Vorjahr ist zu berücksichtigen, dass das Ergebnis 2005 maßgeblich gekennzeichnet war durch den hohen Nettoertrag aus Finanzgeschäften, bedingt durch die Umstellung der Bewertung unserer Handelsaktivitäten auf den risikoadjustierten Marktwertansatz. Mit dieser Maßnahme hat sich der Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank wesentlich verbessert. Der Nettoertrag aus Finanzgeschäften des Jahres 2005 enthält Erträge von 6,6 Mrd€, die auf die Anpassung der Bewertungsansätze für die Jahre bis 2004 entfallen und somit als Einmaleffekt einzustufen sind. Außerdem wurden im Jahr 2005 dem offen ausgewiesenen Fonds für allgemeine Bankrisiken 3,5 Mrd€ zugeführt.

KRÄFTIGER ANSTIEG DES ZINSÜBERSCHUSSES

Der Zinsüberschuss verbesserte sich im Berichtsjahr um 3.806 Mio€ auf 10.114 Mio€. Das Zinsergebnis profitierte sowohl von höheren Erträgen aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen (+ 1.273 Mio€) als auch von der Ertragssteigerung aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren (+ 1.352 Mio€). Die Entwicklung des Zinsüberschusses wird wesentlich von den Handelsaktivitäten beeinflusst. Dem in 2006 gestiegenen Zinsüberschuss aus Handelsaktivitäten stehen zum Teil dem Nettoertrag aus Finanzgeschäften zuzuordnende gegenläufige Ergebnisse aus Absicherungsgeschäften in Handelsbereichen gegenüber. Darüber hinaus stiegen die Zinserträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen auf Grund höherer Ausschüttungen unserer Tochtergesellschaften auf 423 Mio€.

Von den Erträgen aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen von 2.486 Mio€ (+ 955 Mio€) betrafen unter anderem 1.493 Mio€ die DB Capital Markets (Deutschland) GmbH (teilweise auf Grund der Veräußerung von Anteilen an der EUROHYPO AG), 691 Mio€ die Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden AG und 144 Mio€ die Nordwestdeutsche Wohnungsbauträger GmbH.

PROVISIONSÜBERSCHUSS ÜBERTRIFFT 5 MRD €

Im Provisionsgeschäft erzielte die Bank erstmals einen Überschuss von mehr als 5 Mrd€ (5,4 Mrd€). Der bereits hohe Wert des Vorjahres wurde um 8,9 % übertroffen. Maßgeblich für den Ertragszuwachs waren die Provisionen aus dem Wertpapiergeschäft, insbesondere aus dem An- und Verkauf von Aktien, dem erfolgreichen Absatz von Indexzertifikaten sowie aus dem Emissions- und Platzierungsgeschäft mit Aktien und Rentenwerten. Außerdem verbesserten sich die Provisionserträge aus der Kreditbearbeitung und dem Avalgeschäft, der Vermögensverwaltung und aus dem Vermittlungsgeschäft.

NETTOERTRAG AUS FINANZGESCHÄFTEN IM VORJAHR DURCH EINMALEFFKT BEGÜNSTIGT

Angesichts der insgesamt guten Verfassung der Finanzmärkte erzielten die Handelsbereiche einen Nettoertrag von 1.810 Mio€. Der Vorjahreswert enthält einen Einmaleffekt auf Grund der Umstellung der Bewertung unserer Handelsaktivitäten auf den risikoadjustierten Marktwertansatz. Dem Rückgang gegenüber dem Vorjahreswert (ohne Einmaleffekt) stehen im Zinsüberschuss auszuweisende positive Ergebnisbestandteile gegenüber.

VERWALTUNGSaufWAND GESTIEGEN

Der Verwaltungsaufwand lag mit insgesamt 12.074 Mio€ um 13,3% über dem Vergleichswert des Vorjahres. Die Personalaufwendungen wuchsen um 15,9% auf 7.107 Mio€, vor allem durch den Anstieg variabler Vergütungsbestandteile auf Grund der verbesserten Geschäftsergebnisse. Nach wie vor zählt Kosteneffizienz zu unseren obersten Prioritäten, sie ist Kernelement auf unserer Managementagenda. Die Anzahl der Mitarbeiter erhöhte sich um 677 auf 27.778.

Nachstehende Tabelle zeigt die Zuordnung der Mitarbeiter nach geografischen Regionen:

	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung
Bundesrepublik Deutschland	12.366	13.230	- 864
Europa ohne Deutschland	7.705	7.278	+ 427
Amerika	2.254	2.211	+ 43
Afrika/Asien/Australien	5.453	4.382	+ 1.071
Insgesamt	27.778	27.101	+ 677

Die höhere Mitarbeiterzahl in der Region Afrika/Asien/Australien ist in erster Linie auf die Geschäftsausweitung in Indien und China zurückzuführen.

Die Zunahme der anderen Verwaltungsaufwendungen um 448 Mio € (+ 10,4 %) auf 4.747 Mio € resultiert überwiegend aus höheren Mieten für Gebäude sowie aus der stärkeren Inanspruchnahme von Beratungsleistungen.

Auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen waren 220 Mio € abzuschreiben (Vorjahr: 230 Mio €).

Aus sonstigen betrieblichen Erträgen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen verblieb per saldo ein Ertrag von 863 Mio €. Darin enthalten ist der Ertrag aus der Verschmelzung der DB Value GmbH auf die Deutsche Bank AG.

KREDITRISIKEN WEITER ABGEBAUT

Die Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft werden in Höhe von 433 Mio € (2005: 72 Mio €) ausgewiesen. Die Risikovorsorge profitierte einerseits von Eingängen aus bereits abgeschriebenen Krediten und andererseits aus der Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft.

Aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve (bestimmte Wertpapiere) verblieb ein Ertrag von 267 Mio € (Vorjahr: 216 Mio €).

BETRIEBSERGEBNIS

Die Bank erwirtschaftete im Berichtsjahr ein Betriebsergebnis von 6.569 Mio €. Der Vergleich mit dem Vorjahr ist durch die eingangs erwähnte Umstellung der Bewertungsmethode für Handelsaktivitäten auf den risikoadjustierten Marktwertansatz eingeschränkt.

ÜBRIGE ERTRÄGE/AUFWENDUNGEN

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere beliefen sich – nach der gemäß § 340c Abs. 2 HGB vorgenommenen Verrechnung mit Erträgen – auf 1.553 Mio €. Der Aufwand betrifft größtenteils Wertanpassungen von Anteilen an verbundenen Unternehmen, die unter Ausnutzung des handelsrechtlichen Wahlrechts auf den niedrigeren beizulegenden Wert beschrieben wurden.

Die außerordentlichen Aufwendungen von 92 Mio € betreffen Restrukturierungskosten im Zusammenhang mit dem Programm zur Neuausrichtung der Konzernstruktur (Business Realignment Program).

STEUERN

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag in Höhe von 619 Mio € setzen sich zusammen aus Steueraufwand im Ausland und Steuerertrag im Inland. Der Steuerertrag im Inland resultiert insbesondere aus den Einmaleffekten der Aktivierung des Körperschaftsteuerguthabens auf Grund des im Dezember 2006 in Kraft getretenen SEStEG (Gesetz über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuer-

rechtlicher Vorschriften) und der nichtzahlungswirksamen Auflösung von Steuerrückstellungen nach Abschluss der steuerlichen Außenprüfung für frühere Jahre.

JAHRESÜBERSCHUSS

Die Bank erzielte im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss von 4.280 Mio€ und übertraf damit den Vorjahreswert um 608 Mio€ oder 16,6%. Auf Grund des aufgestockten Bestands an Eigenen Aktien haben wir aus dem Jahresüberschuss (einschließlich 47 Mio€ Gewinnvortrag) der Rücklage für eigene Anteile 1.780 Mio€ zugeführt. Darüber hinaus wurden die anderen Gewinnrücklagen mit 448 Mio€ dotiert.

GEWINNVERWENDUNGSVORSCHLAG: DEUTLICHE ERHÖHUNG DER DIVIDENDE

Nach Zuführung zu den Gewinnrücklagen beträgt der Bilanzgewinn 2.099 Mio€. Wir schlagen unseren Aktionären vor, den Bilanzgewinn zur Zahlung einer von 2,50€ auf 4,00€ angehobenen Dividende je Stückaktie zu verwenden. Die Ausschüttungssumme steigt durch Anhebung der Dividende um 772 Mio€ sowie durch Kapitalerhöhungen aus der Ausübung von Optionsrechten um 41 Mio€.

Aus der Gewinn-und-Verlust-Rechnung der Deutschen Bank AG:

in Mio €	2006	2005	Veränderung	
			in Mio €	in %
Zinserträge ¹	32.670	25.289	+ 7.381	+ 29,2
Laufende Erträge ²	8.573	6.029	+ 2.544	+ 42,2
Zinserträge insgesamt	41.243	31.318	+ 9.925	+ 31,7
Zinsaufwendungen	31.129	25.010	+ 6.119	+ 24,5
Zinsüberschuss	10.114	6.308	+ 3.806	+ 60,3
Provisionserträge	6.723	6.164	+ 559	+ 9,1
Provisionsaufwendungen	1.300	1.183	+ 117	+ 9,9
Provisionsüberschuss	5.423	4.981	+ 442	+ 8,9
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	1.810	10.097	- 8.287	- 82,1
Löhne und Gehälter	5.759	4.907	+ 852	+ 17,4
Soziale Abgaben ³	1.348	1.224	+ 124	+ 10,2
Personalaufwand	7.107	6.131	+ 976	+ 15,9
Andere Verwaltungsaufwendungen ⁴	4.967	4.529	+ 438	+ 9,7
Verwaltungsaufwand	12.074	10.660	+ 1.414	+ 13,3
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen	863	- 847	+ 1.710	
Risikovorsorge	- 433	- 72	- 361	
Betriebsergebnis	6.569	9.951	- 3.382	- 34,0
Saldo der übrigen Erträge/Aufwendungen	- 1.625	155	- 1.780	
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	3.475	- 3.475	
Jahresüberschuss vor Steuern	4.944	6.631	- 1.687	- 25,4
Steuern	664	2.959	- 2.295	- 77,5
Jahresüberschuss	4.280	3.672	+ 608	+ 16,6
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	47	56	- 9	- 16,1
	4.327	3.728	+ 599	+ 16,1
Einstellungen in Gewinnrücklagen	2.228	2.442	- 214	- 8,8
- in die Rücklage für eigene Anteile	1.780	1.741	+ 39	+ 2,3
- in andere Gewinnrücklagen	448	701	- 253	- 36,1
Bilanzgewinn	2.099	1.286	+ 813	+ 63,2

1 Aus Kredit- und Geldmarktgeschäften, festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen.

2 Aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen (einschließlich Gewinnabführungsverträgen) sowie dem Leasinggeschäft.

3 Einschließlich Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

4 Einschließlich Normalabschreibungen auf Sachanlagen.

BILANZ

Die Bilanzsumme der Deutschen Bank AG belief sich am 31. Dezember 2006 auf 1.454,7 Mrd €. Der moderate Anstieg um 1,8 % oder 25,3 Mrd € beruht in erster Linie auf der lebhaften Kreditnachfrage unserer Kunden sowie auf der Aufstockung der Bestände an Wertpapieren. Wechselkursveränderungen, vor allem des US-Dollar, haben den Volumenzuwachs erheblich abgeschwächt.

KREDITVOLUMEN

Das Kreditvolumen (ohne durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Forderungen aus Wertpapierleih- und Wertpapierkassageschäften) wuchs kräftig um 50,5 Mrd € (+ 22,5 %) auf 274,9 Mrd €, größtenteils bei unseren Auslandsfilialen.

An Firmen- und institutionelle Kunden waren insgesamt 243,5 Mrd € (+ 47,3 Mrd €) sowie an Privat- und Geschäftskunden 5,8 Mrd € (+ 0,2 Mrd €) ausgereicht; die im Kreditvolumen enthaltenen Kredite an Kreditinstitute nahmen um 3,1 Mrd € auf 20,5 Mrd € zu.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des Kreditvolumens (ohne durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Forderungen aus Wertpapierleih- und Wertpapierkassageschäften):

in Mrd €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung	
			in Mrd €	in %
Forderungen an Kunden	253,9	206,6	+ 47,3	+ 22,9
mit einer Restlaufzeit von				
bis zu 5 Jahren ¹	226,3	183,5	+ 42,8	+ 23,3
mehr als 5 Jahren	27,6	23,1	+ 4,5	+ 19,2
Wechselkredite²	0,5	0,4	+ 0,1	+ 33,1
Kredite an Kreditinstitute	20,5	17,4	+ 3,1	+ 17,9
mit einer Restlaufzeit von				
bis zu 5 Jahren ¹	16,9	15,4	+ 1,5	+ 9,9
mehr als 5 Jahren	3,6	2,0	+ 1,6	+ 77,5
Insgesamt	274,9	224,4	+ 50,5	+ 22,5

1 Einschließlich täglich fälliger und mit unbestimmter Laufzeit.

2 Soweit nicht unter Forderungen ausgewiesen.

Forderungen an Kreditinstitute (ohne Kredite) ermäßigten sich vor allem durch niedrigere täglich fällige Verrechnungskonten bei Auslandsbanken sowie durch den Abbau von Wertpapierleihgeschäften um insgesamt 14,9 Mrd € auf 186,5 Mrd €. Darin sind Forderungen von 52,2 Mrd € an eigene Konzernbanken enthalten.

Das Gesamtvolumen der durch Wertpapiere unterlegten Geldgeschäfte – einschließlich der mit Kunden abgeschlossenen Geschäfte – ging um 14,6 Mrd € auf 211,7 Mrd € zurück.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten blieben mit 457,1 Mrd € (– 0,3 %) nahezu unverändert. Die darin enthaltenen Einlagen von unseren Konzernbanken betragen 93,9 Mrd € (+ 8,6 Mrd €).

WERTPAPIERE

Infolge verstärkter Aktivitäten der Handelsbereiche haben wir die Bestände an Wertpapieren weiter aufgestockt; Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere nahmen um 18,6 Mrd € auf 207,5 Mrd €, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere um 6,8 Mrd € auf 114,7 Mrd € zu. Die Bestände dienen vornehmlich Handelszwecken.

BETEILIGUNGEN

Der unter Beteiligungen ausgewiesene Anteilsbesitz erhöhte sich um 0,1 Mrd € auf 1,2 Mrd €. Zugängen im Beteiligungsbestand von 0,8 Mrd € (darunter der Kauf von Anteilen der Hua Xia Bank Co. Ltd, Peking) standen Verkäufe sowie sonstige Abgänge von insgesamt 0,7 Mrd € (darunter Verkauf der Anteile an der EUROHYPO AG) gegenüber.

ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Die Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit 37,9 Mrd € (+ 3,5 Mrd €) ausgewiesen. In den Zugängen ist, neben der Gründung einer Finanzierungsgesellschaft für konzerninterne Zwecke, insbesondere die russische Investmentgesellschaft United Financial Group (UFG) enthalten. Mit dieser Übernahme gelang es, unsere Marktpräsenz weiter zu stärken. Die DB Value GmbH wurde auf die Deutsche Bank AG verschmolzen. Außerdem waren auf Anteile an verbundenen Unternehmen Wertanpassungen auf den niedrigeren Zeitwert vorzunehmen.

EIGENE AKTIEN

Die Bank hat Anfang 2006 40 Mio Stück Eigene Aktien eingezogen. Dies entsprach 7,2 % des Grundkapitals.

Die Hauptversammlung vom 1. Juni 2006 hat beschlossen, ein weiteres Aktienrückkaufprogramm aufzulegen, das den Rückkauf von bis zu 10 % unserer ausstehenden Aktien erlaubt. Von diesem Beschluss haben wir Gebrauch gemacht und Eigene Aktien erworben. Zum 31. Dezember 2006 belief sich der Bestand an Eigenen Aktien aus Rückkaufprogrammen auf insgesamt 25,9 Mio Stück (31.12.2005: 48,8 Mio Stück).

EINLAGEN VON KUNDEN

Die Einlagen von Kunden werden unverändert mit 393,7 Mrd € ausgewiesen. Dem Rückgang täglich fälliger Gelder (– 2,1 Mrd €) stand ein Zuwachs der Termingelder (+ 1,5 Mrd €) und der Spareinlagen (+ 0,6 Mrd €) gegenüber. Die Einlagen von Kunden enthalten durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte in Höhe von 76,7 Mrd € (– 2,6 Mrd €).

Verbriefte Verbindlichkeiten erhöhten sich kräftig um 28,3 Mrd € (+ 24,9 %) auf 142,2 Mrd €. Neben der Ausgabe von Schuldverschreibungen (+ 1,5 Mrd €) stiegen die anderen verbrieften Verbindlichkeiten (überwiegend Indexzertifikate) um 26,8 Mrd € auf 119,6 Mrd €.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Verbindlichkeiten:

in Mrd €	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung	
			in Mrd €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	457,1	458,3	– 1,2	– 0,3
täglich fällig	269,4	267,9	+ 1,5	+ 0,6
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	187,7	190,4	– 2,7	– 1,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	393,7	393,7	–	–
Spareinlagen	3,3	2,7	+ 0,6	+ 21,9
andere Verbindlichkeiten				
täglich fällig	178,0	180,1	– 2,1	– 1,2
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	212,4	210,9	+ 1,5	+ 0,7
Verbrieftete Verbindlichkeiten	142,2	113,9	+ 28,3	+ 24,9
begebene Schuldverschreibungen	22,6	21,1	+ 1,5	+ 7,1
andere verbrieftete Verbindlichkeiten	119,6	92,8	+ 26,8	+ 28,9
(darunter Geldmarktpapiere)	(35,6)	(35,3)	(+ 0,3)	(+ 0,9)

Nachrangige Verbindlichkeiten verringerten sich durch Fälligkeiten eigener Schuldverschreibungen per saldo um 0,2 Mrd € auf 13,8 Mrd €.

EIGENKAPITAL

Das Eigenkapital der Deutschen Bank AG (einschließlich des um 0,8 Mrd € auf 2,1 Mrd € gestiegenen Bilanzgewinns) nahm um 1,1 Mrd € auf 22,0 Mrd € zu. Der Vorstand hat von seiner Ermächtigung durch die Hauptversammlung, im

Rahmen des Aktienrückkaufprogramms Eigene Aktien einzuziehen, im Berichtsjahr Gebrauch gemacht. Danach wurden 40 Mio Stück Aktien im Gegenwert von 2,8 Mrd € eingezogen. Auf Grund des Bestands an Eigenen Aktien waren der Rücklage für eigene Anteile 1,8 Mrd € zuzuführen; die anderen Gewinnrücklagen haben wir mit 0,4 Mrd € dotiert. Außerdem führte die Ausübung von Optionsrechten zu einem Kapitalzufluss von 0,8 Mrd €.

Das bankaufsichtsrechtliche Eigenkapital gemäß Kreditwesengesetz (KWG) betrug 33,8 Mrd €. Es setzt sich im Wesentlichen aus dem handelsrechtlichen Eigenkapital, dem Fonds für allgemeine Bankrisiken und den als Ergänzungskapital sowie als Drittrangmittel anerkannten nachrangigen Verbindlichkeiten zusammen.

VERGÜTUNGSBERICHT

Der Vergütungsbericht erläutert die Grundzüge, die auf die Festlegung der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Bank AG Anwendung finden, sowie Höhe und Struktur der Vorstandsvergütung. Der Vergütungsbericht richtet sich nach den Vorgaben des neuen Gesetzes über die Offenlegung der Vorstandsvergütungen (VorstOG) sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Die individualisierte Offenlegung der Vergütung unserer Mitglieder des Vorstands wurde den neuen Vorgaben des VorstOG, aufgeteilt nach erfolgsunabhängigen und erfolgsbezogenen Komponenten sowie Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung, entsprechend angepasst.

GRUNDZÜGE DES VERGÜTUNGSSYSTEMS FÜR DIE MITGLIEDER DES VORSTANDS

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats ist für die Festlegung der Struktur der Vergütung der Mitglieder des Vorstands zuständig und legt die Höhe der Vergütung für den Vorstand fest. Die Struktur der Vorstandsvergütung wird regelmäßig auf Vorschlag des Präsidialausschusses im Aufsichtsratsplenum beraten und überprüft.

Die Mitglieder des Vorstands haben für das Geschäftsjahr 2006 für ihre Vorstandstätigkeit eine Vergütung (einschließlich der in 2007 für das Geschäftsjahr 2006 gewährten erfolgsabhängigen Bestandteile) von insgesamt 32.901.538 € erhalten. Diese Gesamtvergütung setzte sich aus den folgenden überwiegend performanceorientierten Komponenten zusammen:

in €	2006
Erfolgsunabhängige Komponenten:	
Grundgehalt	4.081.111
Sonstige Leistungen	526.369
Erfolgsbezogene Komponenten	18.332.086
Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung	9.961.972
Gesamtvergütung	32.901.538

Die Darstellung folgt den gemäß VorstOG definierten Vergütungskomponenten. Eine unmittelbare Vergleichbarkeit der Einzelpositionen zu den im Finanzbericht 2005 publizierten Vorjahreswerten ist daher nicht in jedem Fall gegeben. Die Gesamtvergütung unter Berücksichtigung des im Geschäftsjahr 2006 erfassten Aufwands für im Geschäftsjahr 2006 sowie in Vorjahren begebene Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung betrug 26.835.169 €.

Mit den Mitgliedern des Vorstands wurden Dienstverträge geschlossen. Darin sind folgende Vergütungsbestandteile geregelt:

ERFOLGSUNABHÄNGIGE KOMPONENTEN. Die erfolgsunabhängigen Komponenten bestehen aus dem Grundgehalt sowie sonstigen Leistungen.

Das Grundgehalt der Mitglieder des Vorstands wird auf Basis einer Analyse der Gehälter festgesetzt, die in einer ausgewählten Gruppe vergleichbarer internationaler Unternehmen an die Mitglieder der Geschäftsleitung gezahlt werden. Es wird in monatlichen Raten ausgezahlt.

Die sonstigen Leistungen umfassen den geldwerten Vorteil von Sachbezügen wie Firmenwagen und Fahrergestellung, Versicherungsprämien, geschäftsbezogene Repräsentationsaufwendungen und Sicherheitsmaßnahmen, inklusive der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern.

ERFOLGSBEZOGENE KOMPONENTEN. Die erfolgsbezogenen Komponenten bestehen aus einer Bonuszahlung in bar und dem Mid-Term-Incentive („MTI“). Maßgeblich für die erfolgsabhängige jährliche Bonuszahlung in bar ist das Erreichen der geplanten Eigenkapitalrendite. Als weiteren Bestandteil der variablen Vergütung erhalten die Vorstandsmitglieder ein Mid-Term-Incentive, das – bezogen auf einen rollierenden Zweijahreszeitraum – aus dem Verhältnis der Aktienrendite der Bank zum entsprechenden Durchschnittswert einer ausgewählten Gruppe vergleichbarer Unternehmen abgeleitet wird. Die MTI-Zahlung besteht aus einer Barvergütung (rund ein Drittel) und aktienbasierten Vergütungselementen (rund zwei Drittel), welche langfristige Risikokomponenten enthalten und im nachfolgenden Absatz ausgewiesen werden.

KOMPONENTEN MIT LANGFRISTIGER ANREIZWIRKUNG. Die Mitglieder des Vorstands erhalten als Teil ihres Mid-Term-Incentive aktienbasierte Vergütungselemente (DB Equity Units) im Rahmen des DB Global Partnership Plan. Der endgültige Wert der den Vorstandsmitgliedern gewährten aktienbasierten Vergütungsbestandteile wird vom Wert der Deutsche Bank-Aktie bei Zuteilung abhängen, so dass diese eine langfristige Anreizwirkung entfalten.

Im Februar 2007 wurden den Vorstandsmitgliedern für ihren Erfolg im Geschäftsjahr 2006 insgesamt 91.821 Aktienrechte (DB Equity Units) gewährt. Die Aktien aus diesen Rechten, deren Erhalt an bestimmte Bedingungen geknüpft ist, werden am 1. August 2010 zugeteilt.

Weitere Informationen zu diesen Aktienrechten (DB Equity Units), die im Rahmen des DB Global Partnership Plan ausgegeben werden, sind in Note [20] des Konzernabschlusses enthalten.

VERGÜTUNG DER MITGLIEDER DES VORSTANDS

Unsere Vorstandsmitglieder erhielten für das Jahr 2006 die nachstehenden Vergütungskomponenten:

Mitglieder des Vorstands in €	Erfolgsunabhängige Komponenten		Erfolgsbezogene Komponenten	Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ²	Summe
	Grundgehalt	Sonstige Leistungen ¹			
Dr. Josef Ackermann	1.150.000	156.930	8.134.813	3.770.000	13.211.743
Dr. Hugo Bänziger ³	528.889	40.359	1.615.194	1.117.278	3.301.720
Dr. Clemens Börsig ⁴	273.333	51.555	1.197.009	577.416	2.099.313
Anthony Di Iorio ³	528.889	35.217	1.615.194	1.117.278	3.296.578
Dr. Tessen von Heydebreck	800.000	147.918	2.884.938	1.690.000	5.522.856
Hermann-Josef Lamberti	800.000	94.390	2.884.938	1.690.000	5.469.328

¹ Anders als im Vorjahr sind die sonstigen Leistungen individualisiert ausgewiesen.

² Die Anzahl der an die Mitglieder des Vorstands gewährten DB Equity Units wurde durch Division der genannten Eurowerte durch den Schlusskurs der Deutsche Bank-Aktie am 1. Februar 2007 in Höhe von 108,49 € ermittelt. Hieraus ergibt sich die folgende Anzahl gewährter DB Equity Units: Dr. Josef Ackermann 34.749, Dr. Hugo Bänziger 10.298, Dr. Clemens Börsig 5.322, Anthony Di Iorio 10.298, Dr. Tessen von Heydebreck 15.577 und Hermann-Josef Lamberti 15.577. Der Aufwand im Geschäftsjahr 2006 für im Geschäftsjahr 2006 sowie in Vorjahren für ihre Tätigkeit als Vorstand begebene Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung betrug für Dr. Josef Ackermann 1.918.067 €, Dr. Clemens Börsig 255.234 €, Dr. Tessen von Heydebreck 861.151 € und Hermann-Josef Lamberti 861.151 €.

³ Mitglied des Vorstands seit 4. Mai 2006.

⁴ Mitglied des Vorstands bis 3. Mai 2006.

Aus Mandaten für konzerneigene Gesellschaften erhielten die Mitglieder des Vorstands keine Vergütung.

Die aktiven Mitglieder des Vorstands haben eine beitragsorientierte Versorgungszusage. In ihrer Struktur entspricht die Zusage dem allgemeinen Pensionsplan der Mitarbeiter der Bank. Im Rahmen dieses beitragsorientierten Pensionsplans wurde für jedes Vorstandsmitglied ein persönliches Versorgungskonto eingerichtet, in das jedes Jahr ein Versorgungsbaustein eingestellt wird. Der Versorgungsbaustein wird mit einem individuellen Beitragssatz auf Basis des Grundgehalts sowie des Bonus bis zu einer Obergrenze errechnet und enthält durch einen altersabhängigen Faktor eine Vorabverzinsung von durchschnittlich 6 % bis zum Alter von 60. Ab einem Alter von 61 wird das Versor-

gungskonto jährlich mit 6 % bis zum Pensionierungszeitpunkt verzinst. Die jährlichen Versorgungsbausteine bilden zusammen das Versorgungskapital, das im Versorgungsfall zur Verfügung steht. Die Versorgungsleistung kann auch nach dem Ausscheiden aus dem Vorstand und vor Eintritt eines der Versorgungsfälle (Altersgrenze, Invalidität oder Tod) fällig werden. Die Versorgungsanwartschaft ist von Beginn an unverfallbar.

Die Versorgungsbausteine betragen im Geschäftsjahr 2006 für Herrn Dr. Ackermann 379.500€, für Herrn Dr. Bänziger 158.668€, für Herrn Dr. Börsig 302.000€, für Herrn Di Iorio 79.334€, für Herrn Dr. von Heydebreck 333.605€ und für Herrn Lamberti 440.000€. Den Herren Dr. Ackermann, Dr. von Heydebreck und Lamberti steht daneben grundsätzlich nach ihrem Ausscheiden aus dem Vorstand ein monatliches Ruhegeld von 29.400€ aus einer abgelösten Pensionszusage zu. Die unterschiedliche Höhe der Versorgungsbausteine resultiert aus den jeweiligen altersabhängigen Faktoren, den unterschiedlichen Beitragssätzen sowie den individuellen versorgungsfähigen Bezügen. Hinzu kommt, dass die Herren Dr. Bänziger und Di Iorio unterjährig in den Vorstand wechselten bzw. Herr Dr. Börsig den Vorstand unterjährig verließ und deshalb deren Dotierungszeitraum kürzer ist.

Nach Maßgabe der mit den jeweiligen Vorstandsmitgliedern geschlossenen Dienstverträge haben diese bei vorzeitiger Beendigung des Vertrags auf Veranlassung der Bank, ohne dass diese berechtigt aus wichtigem Grund fristlos gekündigt hat, Anspruch auf eine Abfindung. Diese umfasst das Grundgehalt für die Restlaufzeit des Vertrags sowie grundsätzlich den durchschnittlich in den letzten drei Jahren gezahlten Bonus und MTI für den Zeitraum von bis zu einem Jahr.

Scheidet ein Vorstandsmitglied aus dem Amt aus, so steht ihm für die Dauer von sechs Monaten eine Übergangszahlung zu, die aus der Gewährung des Grundgehalts und des Bonus (Zielgröße) besteht. Ausgenommen ist beispielsweise der Fall, dass das Vorstandsmitglied einen Grund zur fristlosen Entlassung gibt. Sofern das Ausscheiden eines Vorstandsmitglieds, dessen Bestellung zu Beginn des Jahres 2006 bestand, nach Vollendung des 60. Lebensjahres erfolgt, steht ihm grundsätzlich im Anschluss an die sechsmonatige Übergangszeit die Zahlung von erst 75 % und dann 50 % der genannten Werte für die Dauer von jeweils 24 Monaten zu. Die Übergangszahlung endet spätestens sechs Monate nach Ablauf der Hauptversammlung des Jahres, in dem das Vorstandsmitglied das 65. Lebensjahr vollendet.

Sofern das Vorstandsmitglied im Rahmen eines Kontrollerwerbs ausscheidet, erhält es die für die Restlaufzeit seiner Bestellung bestehenden Ansprüche in Form einer einmaligen Vergütung ausgezahlt, deren Höhe sich auf der Basis der Bezüge (Grundgehalt, Bonus und MTI) im letzten vollen Kalenderjahr vor Ausscheiden errechnet. Sofern die Restlaufzeit kürzer als drei Jahre ist, erhält es den dreifachen Betrag der so errechneten Bezüge. Die aus dem DB Global Partnership Plan bestehenden Rechte bleiben erhalten.

Dr. Clemens Börsig ist aus dem Vorstand mit Wirkung zum 3. Mai 2006 auf Ersuchen des Aufsichtsrats ausgeschieden, um in den Aufsichtsrat zu wechseln und dessen Vorsitz zu übernehmen. Die mit ihm vor dem 3. Mai 2006 getroffene Vereinbarung sieht als Ausgleich für sein vorzeitiges von ihm nicht zu vertretendes Ausscheiden aus dem Vorstand, das auf Veranlassung der Bank vor dem Vertragsende im Jahr 2010 erfolgte, eine Zahlung in Höhe von insgesamt 15 Mio€ vor. Im Rahmen dieser Regelung wurde mit Herrn Dr. Börsig auch ein Wettbewerbsverbot vereinbart. Zur Begleichung seiner vertraglichen Pensionsansprüche wird ein Betrag in Höhe von 3 Mio€ spätestens zum 31. Dezember 2008 in seinen bestehenden beitragsorientierten Pensionsplan eingestellt.

Die Gesamtbezüge der ehemaligen Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebenen beliefen sich 2006 auf insgesamt 27.453.021 €.

GRUNDZÜGE DES VERGÜTUNGSSYSTEMS FÜR DIE MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATS

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt, die bei Bedarf durch die Hauptversammlung angepasst werden kann. Diese Vergütungsregelungen wurden zuletzt in der Hauptversammlung am 10. Juni 2003 angepasst.

Für das Geschäftsjahr 2006 gelten folgende Regelungen: Die Vergütung besteht grundsätzlich aus einer festen Vergütung in Höhe von 30.000 € pro Jahr (zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer, derzeit 19 %) und einem dividendenabhängigen Bonus in Höhe von 1.000 € pro Jahr je angefangene 0,05 € ausgeschüttete Dividende, die 0,15 € je Aktie übersteigt. Sowohl die feste Vergütungskomponente als auch der dividendenabhängige Bonus erhöhen sich um 25 % je Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Aufsichtsrats. Für den Ausschussvorsitzenden beträgt die Erhöhung 50 % beziehungsweise 75 %, wenn der Ausschussvorsitzende nicht mit dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats identisch ist. Diese Beträge werden unter der Voraussetzung gezahlt, dass mindestens eine Sitzung des entsprechenden Ausschusses im Verlauf des Geschäftsjahres stattgefunden hat. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das Dreifache und sein Stellvertreter das Eineinhalbfache der Gesamtvergütung eines ordentlichen Mitglieds. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten außerdem eine an unseren langfristigen Erfolg geknüpfte jährliche Vergütung. Die Höhe dieser Vergütung ist abhängig von dem Verhältnis zwischen Aktienrendite – basierend auf Aktienkursentwicklung, Dividende und Kapitalmaßnahmen – und durchschnittlicher Gesamtrendite der Aktien einer Gruppe von vergleichbaren Unternehmen (derzeitige Vergleichsgruppe: Citigroup Inc., Credit Suisse Group, J. P. Morgan Chase & Co., Merrill Lynch & Co. Inc. und UBS AG) in den drei Geschäftsjahren unmittelbar vor dem Jahr, für das die Vergütung gezahlt wird. Bei einem Verhältnis zwischen – 10 % und + 10 % erhält jedes Mitglied einen Betrag von 15.000 €, bei einer um 10 % bis 20 % besseren Entwicklung der Deutsche Bank-Aktie erhöht sich der Betrag auf 25.000 € und bei einer um mehr als 20 % besseren Entwicklung auf 40.000 €. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ein Sitzungsgeld in Höhe von 1.000 € für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilnehmen. Darüber hinaus werden die Mitglieder des Aufsichtsrats in unserem Interesse in angemessener Höhe in eine von der Deutschen Bank abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung einbezogen, soweit eine solche besteht. Die Prämien hierfür werden von der Bank entrichtet.

Wir erstatten den Mitgliedern des Aufsichtsrats sämtliche Barauslagen sowie etwaige Umsatzsteueraufwendungen, die ihnen in Verbindung mit ihren Aufgaben als Mitglied des Aufsichtsrats entstehen. Die bei der Deutschen Bank angestellten Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats erhalten außerdem ihr Mitarbeitergehalt. Die Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nicht dem ganzen Geschäftsjahr angehören, wird im Verhältnis zur Amtsdauer berücksichtigt, wobei eine Auf- oder Abrundung auf volle Monate erfolgt.

SONSTIGE ANGABEN

ANGABEN NACH § 289 ABSATZ 4 HGB

ZUSAMMENSETZUNG DES GEZEICHNETEN KAPITALS

Zum 31. Dezember 2006 betrug das Grundkapital der Deutschen Bank AG 1.343.406.103,04 €, eingeteilt in 524.768.009 Stammaktien ohne Nennwert. Die Aktien sind voll eingezahlt und in der Form von Namensaktien begeben. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

BESCHRÄNKUNGEN, DIE STIMMRECHTE ODER DIE ÜBERTRAGUNG VON AKTIEN BETREFFEN

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind uns nicht bekannt.

BETEILIGUNGEN AM KAPITAL, DIE MEHR ALS 10 % DER STIMMRECHTE ÜBERSCHREITEN

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz muss jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Anteile an Stimmrechten erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies uns und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht anzeigen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Anzeigepflicht war bisher 5 %. Ab 20. Januar 2007 wurde er auf 3 % abgesenkt. Uns sind hiernach keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die 10 % der Stimmrechte überschreiten.

AKTIEN MIT SONDERRECHTEN, DIE KONTROLLBEFUGNISSE VERLEIHEN

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

ART DER STIMMRECHTSKONTROLLE, WENN ARBEITNEHMER AM KAPITAL BETEILIGT SIND UND IHRE KONTROLLRECHTE NICHT UNMITTELBAR AUSÜBEN

Die Arbeitnehmer, die Aktien der Deutschen Bank halten, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre unmittelbar nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ERNENNUNG UND ABBERUFUNG VON VORSTANDSMITGLIEDERN

Nach dem Aktiengesetz (§ 84 AktG) und der Satzung der Deutschen Bank (§ 6) werden die Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestellt. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Nach der Satzung besteht der Vorstand mindestens aus drei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Vorstandsmitglieder dürfen für höchstens fünf Jahre bestellt werden. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Nach dem Mitbestimmungsgesetz (§ 31) ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Kommt hiernach eine Bestellung nicht zu Stande, so hat der Vermittlungsausschuss innerhalb eines Monats dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bestellung zu machen. Der Aufsichtsrat bestellt dann die Mitglieder des Vorstands mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder. Kommt auch hiernach eine Bestellung nicht zu Stande, so hat bei einer erneuten Abstimmung der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen. Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so hat in dringenden Fällen das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag eines Beteiligten das Mitglied zu bestellen (§ 85 AktG).

Nach dem Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben (§§ 24 Absatz 1 Nr. 1, 33 Absatz 2 KWG).

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsmäßigen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung – es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ÄNDERUNG DER SATZUNG

Jede Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG). Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung betreffen, wie zum Beispiel Änderungen des Grundkapitals infolge Ausnutzung von genehmigtem Kapital, ist in der Satzung der Deutschen Bank dem Aufsichtsrat übertragen worden (§ 20 Absatz 3). Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß der Satzung mit einfacher Stimmenmehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz zwingend etwas anderes vorschreibt (§ 20 Absatz 1). Satzungsänderungen werden mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Absatz 3 AktG).

BEFUGNIS DES VORSTANDS, AKTIEN AUSZUGEBEN ODER ZURÜCKZUKAUFEN

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen zu erhöhen. Zum 31. Dezember 2006 verfügte die Deutsche Bank über ein genehmigtes Kapital von 426.000.000€, das in Teilbeträgen mit unterschiedlichen Befristungen bis zum 30. April 2009 begeben werden kann. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 4 der Satzung.

Genehmigtes Kapital	Befristet bis
100.000.000 €	30.4.2007
128.000.000 € ¹	30.4.2008
198.000.000 €	30.4.2009

¹ Kapitalerhöhungen können zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen werden.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 2. Juni 2004 ermächtigt, bis zum 30. April 2009 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionsrechte beigelegt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 150.000.000 € bedingt erhöht.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 1. Juni 2006 nach § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2007 zum Zwecke des Wertpapierhandels Eigene Aktien zu Preisen, die den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende keines Tages 5 % des Grundkapitals der Deutschen Bank AG übersteigen.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 1. Juni 2006 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2007 Eigene Aktien bis zu 10 % des derzeitigen Grundkapitals zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die auf Grund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Beim Erwerb über die Börse kann sich die Gesellschaft auch Dritter und des Einsatzes von Derivaten bedienen, wenn die Dritten die nachstehenden Beschränkungen einhalten. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- und nicht um mehr als 20 % unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 15 % über- und nicht um mehr als 10 % unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Gesellschaft je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine Veräußerung der erworbenen Aktien sowie etwa auf Grund vorangehender Ermächtigungen nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG erworbener Aktien in anderer Weise als über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen, soweit dies gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben. Darüber hinaus wird der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung erworbener Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Gesellschaft ausgegebenen Optionsscheine, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandelrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wurde das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen. Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, soweit die Aktien dazu verwendet werden, sie als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben, oder soweit sie zur Bedienung von Mitarbeitern der Gesellschaft und verbundener Unternehmen eingeräumten Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Gesellschaft verwendet werden sollen.

Ferner wurde der Vorstand ermächtigt, die Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der auf Grund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zusammen mit Aktien, die aus genehmigtem Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre nach § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden, 10 % des

bei der Ausgabe beziehungsweise der Veräußerung von Aktien vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, auf Grund dieser Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf.

WESENTLICHE VEREINBARUNGEN, DIE UNTER DER BEDINGUNG EINES KONTROLLWECHSELS INFOLGE EINES ÜBERNAHMEANGEBOTS STEHEN

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

ENTSCHÄDIGUNGSVEREINBARUNGEN FÜR DEN FALL EINES ÜBERNAHMEANGEBOTS

Sofern ein Mitglied des Vorstands im Rahmen eines Kontrollerwerbs ausscheidet, erhält es eine einmalige Vergütung ausgezahlt, die im Vergütungsbericht (Seite 8 bis 11) näher dargestellt ist.

Sofern das Anstellungsverhältnis bestimmter Führungskräfte mit globaler oder strategisch bedeutender Verantwortung im Rahmen eines Kontrollerwerbs innerhalb einer definierten Frist beendet wird, ohne dass ein wichtiger oder von den Führungskräften zu vertretender Grund vorliegt, oder diese Führungskräfte ihr Anstellungsverhältnis kündigen, weil das Unternehmen bestimmte Maßnahmen ergriffen hat, die zu einer Einschränkung der Verantwortlichkeiten führen, steht den Führungskräften eine Abfindungszahlung zu. Die Berechnung der Abfindung bemisst sich grundsätzlich an der in der Vergangenheit gewährten Gesamtvergütung (Grundgehalt und variable – bar und aktienbasierte – Vergütung).

RISIKOBERICHT

ARTEN VON RISIKEN

Die Deutsche Bank AG ist Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operationellen, Reputations- und allgemeinen Geschäftsrisiken ausgesetzt.

DIE RISIKEN DER DEUTSCHEN BANK AG IM KONZERNVERBUND

Die Wirkung der beschriebenen Risiken auf die Deutsche Bank AG lässt sich nicht von den Auswirkungen auf die anderen rechtlich selbstständigen Einheiten der Deutschen Bank isolieren. Dafür sind folgende Gründe ausschlaggebend:

- Die interne Gliederung des Konzerns nach Konzernbereichen orientiert sich an den Kundenbedürfnissen, das heißt an den vom Markt vorgegebenen Rahmenbedingungen. Die externe rechtliche Gliederung hat sich an lokalrechtlichen Vorgaben zu orientieren und folgt daher nicht zwangsläufig der internen Struktur. Beispielsweise kann es von der lokalen Gesetzgebung abhängen, ob das Geschäft des Konzerns in einem Land von einer Filiale der Deutschen Bank AG oder einer selbstständigen Tochtergesellschaft geführt wird. Die Geschäftsleitung muss aber die Risiken des Geschäfts betrachten – unabhängig davon, ob es sich um eine Filiale oder eine Tochtergesellschaft handelt.
- Eine angemessene Risikoüberwachung und -steuerung erfordern die Kenntnis, wie die Ertragslage des Konzerns von der Entwicklung einzelner Risikofaktoren, das heißt der Bonität einzelner Kunden oder Wertpapieremittenten beziehungsweise der Änderung von Marktpreisen, abhängt. Daher ist eine die rechtlichen Einheiten übergreifende Analyse der entsprechenden Geschäfte vorzunehmen. Insbesondere für das Kreditrisiko, das von einem Kreditnehmer ausgeht, ist es weitgehend unerheblich, ob das Kreditengagement gegenüber einem Unternehmen auf mehrere Konzerngesellschaften verteilt oder auf die Deutsche Bank AG konzentriert ist. Eine separate Betrachtung des nur die Deutsche Bank AG betreffenden Risikoanteils würde die Gefahr vernachlässigen, die im Fall der Insolvenz des Unternehmens auf den Konzern und damit indirekt auf die AG als Konzernmutter ausgeht.

- Zwischen den einzelnen Risikofaktoren bestehen zum Teil Abhängigkeiten, zum Teil wirken sie unabhängig voneinander. Liegen Abschätzungen über Art und Ausmaß dieser Zusammenhänge vor, kann das Management des Konzerns durch Streuung der Geschäfte über Kundengruppen, Emittenten und Länder eine deutliche Senkung des Gesamtrisikos herbeiführen (Diversifikation). Diese Zusammenhänge zwischen den Risiken sind ebenfalls von den rechtlichen und divisionalen Strukturen des Konzerns unabhängig. Daher kann das Management die risikomindernden Diversifikationseffekte nur dann optimal ausnutzen, wenn es diese konzernweit und die rechtlichen Einheiten übergreifend steuert.

RISIKOMANAGEMENT DER DEUTSCHEN BANK AG IM KONZERNVERBUND

Aus den dargelegten Gründen sind die Identifikation, Überwachung und Steuerung aller Risiken der Deutschen Bank AG in das konzernweite Risikomanagement integriert. Selbstverständlich werden alle rechtlichen und bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften auch von der Deutschen Bank AG eingehalten.

ORGANISATION DES RISIKOMANAGEMENTS

Der Vorstand gibt den Rahmen für das Risiko- und Kapitalmanagement des Konzerns vor. Der Chief Risk Officer, Mitglied des Vorstands, ist insbesondere für die Risikomanagementaktivitäten zu Kredit-, Markt-, Liquiditäts-, operativen und Geschäftsrisiken sowie das Kapitalmanagement im Konzern verantwortlich. Im Jahr 2006 haben wir durch Zusammenlegung von Risk Management und Treasury & Capital Management (vormals Group Treasury) ein integriertes Risiko- und Kapitalmanagement gebildet. Weiterhin wurde das Capital and Risk Committee als neues Functional Committee des Konzerns eingerichtet, um die Integration der Bereiche Risiko- und Kapitalmanagement voranzutreiben. Der Vorsitz des Capital and Risk Committee liegt beim Chief Risk Officer mit dem Chief Financial Officer als Stellvertreter. Die Aufgaben des Capital and Risk Committee beinhalten die Risikoprofil- und Kapitalplanung, die Überwachung der Kapitaltragfähigkeit und die Orientierung der Finanzierung. Zusätzlich ist der Chief Risk Officer Vorsitzender des Risk Executive Committee, das für die Steuerung und Kontrolle der oben genannten Risiken im Konzern zuständig ist. Das Group Reputational Risk Committee ist ein offizielles Unterkomitee sowohl des Risk Executive Committee als auch des Group Compliance Committee und wird von den Vorsitzenden dieser Komitees gemeinsam geleitet. Es prüft und entscheidet endgültig alle das Reputationsrisiko betreffenden Fragen, deren Eskalation von der Geschäftsleitung und dem Regional Management als notwendig erachtet wird oder auf Grund anderer Konzernrichtlinien und -verfahren erforderlich ist.

RISIKOSTEUERUNGSM INSTRUMENTE

Zur Überwachung und Steuerung der Risiken wendet die Deutsche Bank ein umfassendes Instrumentarium an quantitativen Kenngrößen und Messinstrumenten an. Einige dieser Instrumente sind anwendbar auf mehrere Risikoarten, während andere auf die besonderen Merkmale bestimmter Risikokategorien zugeschnitten sind. Diese quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente stellen die folgenden Informationen bereit:

- Informationen, die eine Abhängigkeit des Marktwerts einzelner Positionen beziehungsweise Portfolios von Änderungen der Marktparameter beziffern (so genannte Sensitivitätsanalysen).
- Informationen, die aggregierte Risiken unter Berücksichtigung gegenseitiger Abhängigkeiten und Korrelationen zwischen den einzelnen Risikoarten auf Basis statistischer Verfahren messen.
- Informationen, die Verlustrisiken aus extremen Bewegungen in Marktpreisen oder Kursänderungen (Krisensituationen) unter Verwendung von Szenarioanalysen quantifizieren.

Die Grundsätze und Risikolimits der Deutschen Bank beziehen sich auf diese quantitativen Steuerungsinstrumente und Kenngrößen über alle Konzernbereiche hinweg, um Risiken zielgerecht zu steuern.

VON DER BANKAUFSICHT VORGESCHRIEBENE KENNGRÖSSEN

Zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit der Bank durch die Aufsichtsbehörden sind die Kenngrößen Risikoposition und aufsichtsrechtliche Eigenmittel festzustellen.

RISIKOPOSITION

Die Risikoposition ist das gesamte von der Bank eingegangene Risiko, das nach bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften in Form von Risikoaktiva für Kredit- und Marktrisiken ermittelt wird. Die deutsche Bankenaufsicht erlaubt der Deutschen Bank AG, einen internen Value-at-risk-Ansatz zur Berechnung der Marktrisikokomponente anzuwenden. Die Risikoposition der Bank wird mit Eigenmitteln unterlegt, damit die aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Eigenkapitalquoten eingehalten werden.

AUFSICHTSRECHTLICHE EIGENMITTEL

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel setzen sich aus Kernkapital (Tier-I), Ergänzungskapital (Tier-II) und Drittrangmitteln (Tier-III) zusammen.

ANGABEN ZU RISIKOARTEN

Die folgenden Abschnitte enthalten Ausführungen zu den einzelnen Risikoarten.

MARKTRISIKO

Die Deutsche Bank geht Marktrisiken sowohl im Handelsbuch als auch im Bankbuch ein. Zur Messung dieser Risiken kommen verschiedene Verfahren zum Einsatz, die speziell auf die Risikosituation im Handelsbuch beziehungsweise im Bankbuch zugeschnitten sind. Value-at-risk ist die wichtigste Messgröße für die Marktrisiken der Handelsportfolios, während die Marktrisiken im Bankbuch primär auf Basis von Stressszenarien quantifiziert werden. Das handelsbuchbezogene Marktrisiko des Konzerns wird über das Risk Executive Committee und die für das Marktrisikomanagement in den Konzernbereichen Verantwortlichen gesteuert. Dabei kommt eine umfangreiche Risikolimitstruktur nach Geschäftsbereichen und Regionen zum Einsatz, die in ihren wesentlichen Teilen vom Market Risk Management festgelegt wird. Das Capital and Risk Committee überwacht unsere nicht handelsbuchbezogenen Marktrisikoaktivitäten und wird von einem dedizierten Investment Risk Management Team unterstützt, das im Jahr 2006 aus dem Bereich Market Risk Management herausgelöst und ebenfalls in den Bereich Risk and Capital Management eingegliedert wurde.

KREDITRISIKO

Alle Konzernbereiche der Deutschen Bank AG gehen Kreditrisiken ein. Das Kreditrisiko des Konzerns wird über das Risk Executive Committee und die für das Risikomanagement in den Konzernbereichen Verantwortlichen gesteuert.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Die Liquiditätsrisikosteuerung obliegt Treasury & Capital Management, vormals Group Treasury. Die Steuerung basiert auf einer Analyse aller zukünftigen Cashflows nach Geschäftsbereich, Produkt, Währung und Lokation. Der Steuerungsprozess beinhaltet die Überwachung und Limitierung aggregierter Mittelabflüsse und Mittelaufnahmen. Diversifikationseffekte und Kundenkonzentration werden beobachtet. Ergänzend werden regelmäßig Szenarioanalysen durchgeführt, um mögliche Liquiditätsengpässe auf Grund unerwarteter bankspezifischer oder externer Ereignisse ermitteln und ausgleichen zu können.

OPERATIONELLES RISIKO

Operational Risk Management ist eine unabhängige Risikomanagementfunktion der Deutschen Bank. Der Global Head of Operational Risk ist ein Mitglied im Risk Executive Committee und berichtet an den Chief Risk Officer. Das Operational Risk Management Committee, ein ständiges Unterkomitee des Risk Executive Committee, ist das Hauptentscheidungs-gremium für alle Fragen des operationellen Risikomanagements. Operational Risk Management legt die übergreifende Strategie zur Steuerung von operationellen Risiken sowie die entsprechenden Richtlinien fest und stellt den Geschäftsbereichen die notwendigen Risikomanagementinstrumente zur Verfügung. Die Geschäftsbereiche sind für die Umsetzung der Vorgaben verantwortlich.

REPUTATIONSRISIKO

Für unsere Risikomanagementprozesse definieren wir Reputationsrisiko als die Gefahr, dass durch die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, das öffentliche Vertrauen in die Deutsche Bank negativ beeinflusst wird.

ALLGEMEINES GESCHÄFTSRISIKO

Das allgemeine Geschäftsrisiko bezeichnet die Risiken, die auf Grund veränderter Rahmenbedingungen entstehen; dazu gehören beispielsweise das Marktumfeld, das Kundenverhalten und der technische Fortschritt. Wenn wir uns nicht rechtzeitig auf die veränderten Bedingungen einstellen, können diese Risiken unsere Ertragslage beeinträchtigen.

GESAMTRISIKOPOSITION NACH AUFSICHTSRECHT

Aus aufsichtsrechtlicher Perspektive stellen sich die Risikopositionen nach Grundsatz I (Risikoaktiva des Anlagebuchs, Adressenrisiken des Handelsbuchs sowie Marktrisikooäquivalent) gemäß nachfolgender Tabelle dar. Der Berechnung liegen die Bestimmungen des Kreditwesengesetzes (KWG), des Grundsatzes I und des Handelsgesetzbuchs (HGB) zu Grunde. Die folgende Tabelle zeigt die Risikopositionen nach Grundsatz I:

in Mio €	31.12.2006	31.12.2005
Risikoaktiva des Anlagebuchs	206.074	191.032
Marktrisikooäquivalent sowie Adressenrisiken des Handelsbuchs	75.085	66.790
Insgesamt	281.159	257.822

EIGENMITTEL

Die gemäß Grundsatz I anrechenbaren Eigenmittel nach KWG, die auf Basis des HGB ermittelt werden, setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio €	31.12.2006	31.12.2005
Kernkapital (Tier-I)	20.383	19.128
Ergänzungskapital (Tier-II)	10.270	9.642
Abzugsposten gemäß § 10 Abs. 6 KWG und Grundsatz I	- 419	- 427
Nutzbare Drittrangmittel (Tier-III)	3.271	3.578
Gemäß Grundsatz I anrechenbare Eigenmittel insgesamt	33.505	31.921
Eigenkapitalquote	14,7 %	14,8 %
Gesamtkennziffer	11,9 %	12,4 %

Mit einer Gesamtkennziffer von 11,9 % liegt die Deutsche Bank AG deutlich über der vom KWG geforderten Mindestquote von 8 %.

AUSBLICK

DIE WELTWIRTSCHAFT

Die robuste Entwicklung der Weltwirtschaft im vergangenen Jahr dürfte sich mittelfristig fortsetzen. Das Wachstum könnte sich in 2007 jedoch auf knapp über 4 % verlangsamen, im Vergleich zu 5 % im Vorjahr. Ein Abschwächen des Wachstums wird insbesondere für die US-Wirtschaft erwartet. Hier dürften sich höhere Zinsen negativ auf den Immobiliensektor und den privaten Konsum auswirken. Im Euroraum wird das Wachstum voraussichtlich geringfügig unter der in 2006 erreichten Rate von 2,7 % bleiben. Deutschland wird als größte Volkswirtschaft des Euroraums auch weiterhin von den Faktoren profitieren, die bereits im vergangenen Jahr zu solidem Wachstum beigetragen haben: einer starken Exportwirtschaft, einem freundlichen Geschäftsklima, einer regen Investitionstätigkeit sowie der Erholung der Bauwirtschaft. Gleichwohl könnte die kürzlich erfolgte Anhebung des Mehrwertsteuersatzes um drei Prozentpunkte den privaten Konsum abschwächen.

Wachstumsstarke Schwellenländer werden auch in 2007 maßgeblich zur globalen Wirtschaftsleistung beitragen. China und Indien werden voraussichtlich um 9 % bzw. 8 % wachsen. Sie werden damit die starke Wachstumsdynamik des vergangenen Jahres beibehalten und für eine weiterhin hohe Nachfrage nach Energie und anderen Rohstoffen sorgen. Auch in anderen Schwellenländern und Energie produzierenden Staaten wird mit einer Fortsetzung des starken Wachstums gerechnet. Die führenden Unternehmen dieser Volkswirtschaften werden zunehmend als Global Player in ihren Branchen in Erscheinung treten. Gleichzeitig werden wirtschaftliches Wachstum und die anhaltende Industrialisierung in diesen Ländern für weiter wachsenden Wohlstand sorgen. Das Globalisierungstempo und die internationale Verflechtung der Märkte werden weiter zunehmen, mit höheren Geschäftsvolumina im Warenhandel und wachsendem internationalen Kapitalverkehr. Auch in 2007 werden globale Handelsungleichgewichte ein wesentliches Merkmal der Weltwirtschaft sein. Überschüssen in den wichtigsten Schwellenländern und Energie produzierenden Staaten dürfte ein erhebliches Leistungsbilanzdefizit in den USA gegenüberstehen.

Die Weltwirtschaft bleibt zahlreichen Risiken ausgesetzt. Wichtige geopolitische Ereignisse wie Kriege, Naturkatastrophen, politische Instabilität oder terroristische Aktivitäten könnten zu einer Destabilisierung der Finanzmärkte führen. Fallen die restriktiven geldpolitischen Maßnahmen, die Zunahme der Handelsungleichgewichte, der Rückgang der Konjunktur in den USA oder der Anstieg der Energiepreise und der Zinsen stärker aus als erwartet, könnte dies die Aussichten für das weltweite Wirtschaftswachstum verschlechtern.

DIE BANKENBRANCHE

Der Ausblick für die Bankenbranche beinhaltet gleichermaßen Herausforderungen und Chancen. Die Faktoren, die seit 2003 zum Wachstum der Kapitalmärkte beigetragen haben, dürften auch mittelfristig unterstützend wirken. Die Finanzierung des weltweiten Wirtschaftswachstums wird auch weiterhin stärker über die Kapitalmärkte als über traditionelle Bankkredite erfolgen, der Zugang zu den internationalen Finanzmärkten wird weiter erleichtert werden und die Nachfrage von Investoren sollte hoch bleiben.

Im Geschäft mit standardisierten Handelsprodukten, einschließlich des Devisen- und klassischen Aktiengeschäfts, dürfte der Margendruck anhalten. Bei komplexen Produkten, einschließlich Derivaten und strukturierten Kreditprodukten, werden das Wachstum und die Margen voraussichtlich robuster sein. Angesichts hoher Bewertungen und stabiler Cashflows werden die lebhaften Aktivitäten im Unternehmenssektor voraussichtlich anhalten. Diese Entwicklung sollte für eine Fortsetzung des in 2006 verzeichneten Wachstums bei M&A-Transaktionen und für ein solides Anleihe- und Aktienemissionsgeschäft sorgen. Diese Faktoren werden sich positiv auf die Ertragsaussichten im Investmentbanking auswirken.

Im Geschäft mit Vermögensanlageprodukten werden sich mehrere Faktoren positiv auswirken. In den entwickelten Volkswirtschaften wird das Wachstum der betreuten Kundenvermögen durch die zunehmende Fokussierung auf die private Altersvorsorge und die Finanzierung der Renten getragen. Gleichzeitig wird in den aufstrebenden Wachstumsmärkten die Schaffung neuen Wohlstands die Nachfrage nach Produkten der Vermögensanlage weiter anregen. Sowohl institutionelle als auch private Anleger dürften weiterhin an alternativen Anlagen wie Hedgefonds, Private Equity und Immobilien interessiert sein, die damit auch künftig die Wachstumsmotoren in diesen Bereichen darstellen werden.

Im Kreditgeschäft ist in den meisten Industrieländern mit einem Anstieg der Zinsen zu rechnen. Im Privatkundengeschäft könnten diese höheren Zinsen das Wachstum bei Konsumenten- und Hypothekarkrediten in einigen Märkten verlangsamen. Die Nachfrage nach Anlageprodukten sollte jedoch weiterhin hoch bleiben. In den aufstrebenden Wachstumsmärkten dürfte sich der starke Anstieg der Nachfrage nach Produkten des Privatkundengeschäfts fortsetzen.

Die führenden Banken werden ihre Auslandsaktivitäten ausbauen und versuchen, die sich aus der Globalisierung der Weltwirtschaft ergebenden Chancen zu nutzen, um Wachstumsbeschränkungen in ihren Heimatmärkten zu überwin-

den. Der Konsolidierungsprozess im Bankensektor wird sich vermutlich sowohl in Form kleinerer Akquisitionen als auch in grenzüberschreitenden Unternehmenszusammenschlüssen fortsetzen.

Es gibt eine Reihe von Risiken für die Bankenbranche. Die Entwicklung der Finanzmärkte ist grundsätzlich nicht vorhersehbar. In dem positiven Marktumfeld in 2006, das sich zu Beginn des Jahres 2007 fortgesetzt hatte, sind die führenden Börsenindizes in entwickelten Volkswirtschaften wie auch in Schwellenländern stark gestiegen und haben zum Teil neue Rekordstände erreicht. Damit erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass es zu Korrekturen und zu einem volatileren Umfeld kommen könnte. Dies dürfte auch negative Auswirkungen auf die Volumina im Emissions- und M&A-Geschäft haben. Höhere Zinsen könnten zudem eine Erhöhung der Risikovorsorge nach sich ziehen, mit der gestiegenen Ausfallquoten bei Unternehmenskrediten - insbesondere im Sub-Investment-Grade-Segment - und der zunehmenden Verschuldung von Privathaushalten Rechnung getragen wird. Die Folgen dieser Entwicklung sollten jedoch durch Fortschritte im Risikomanagement wie zum Beispiel eine verstärkte Nutzung von Absicherungsinstrumenten gemindert werden. Die zuvor genannten geopolitischen Ereignisse, die Risiken für die Weltwirtschaft darstellen, würden bei Eintreten auch schwerwiegende Folgen für die Finanzmärkte haben und könnten zu Kurskorrekturen oder höherer Volatilität führen. Dies wiederum könnte die Ertragsaussichten von Banken, die einen geschäftlichen Schwerpunkt im kapitalmarktbezogenen Geschäft haben, beeinträchtigen.

Im Jahr 2007 stehen der Bankenbranche auch eine Reihe wichtiger aufsichtsrechtlicher Änderungen bevor, die in einigen Fällen beträchtliche Anpassungen erforderlich machen. So leitet beispielsweise die parallele Anwendung von alten und neuen Vorschriften die Überleitung auf das neue Regelwerk der Kapitaladäquanzvorschriften gemäß Basel II ein. Darüber hinaus ist die Richtlinie über Märkte für Finanzdienstleistungen (European Markets in Financial Instruments Directive, MiFID) umzusetzen. Sie soll die Wertpapiermärkte im Europäischen Wirtschaftsraum weiter integrieren und den Wettbewerb verbessern, indem sie die Transparenzvorschriften sowie den Anlegerschutz bei Wertpapiergeschäften harmonisiert.

DIE DEUTSCHE BANK AG

Die geschäftlichen Aussichten für die Deutsche Bank werden durch eine Reihe von Faktoren günstig beeinflusst. Angesichts der zunehmenden Globalisierung der Weltwirtschaft ist der Deutsche Bank-Konzern mit seiner Präsenz in 73 Ländern, seiner breiten regionalen Aufstellung und signifikanten Ertragsbeiträgen aus allen bedeutenden Weltregionen sehr gut positioniert. Wir haben uns zudem eine solide Geschäftsplattform in allen wichtigen Schwellenländern geschaffen, so dass wir hier über gute Aussichten für den Ausbau unseres Geschäfts in den schnell wachsenden Volkswirtschaften in den Regionen Asien/Pazifik, Mittel- und Osteuropa sowie Lateinamerika verfügen. In Europa sind wir gut aufgestellt, um von dem erwähnten stabilen Umfeld unseres Heimatmarkts Deutschland sowie den anhaltend lebhaften Aktivitäten im Unternehmenssektor des Euroraums zu profitieren.

Als eine der weltweit führenden Investmentbanken (gemessen an öffentlich verfügbaren Ertragsdaten) ist die Deutsche Bank darüber hinaus gut aufgestellt, um vom anhaltenden Wachstum auf den internationalen Kapitalmärkten zu profitieren. Wir verfügen zudem über eine starke Position auf den weiterhin stark wachsenden Märkten der Schwellenländer, insbesondere in Asien. Unser Corporate-Finance-Geschäft ist gut aufgestellt, um von den anhaltend lebhaften Unternehmensaktivitäten sowohl bei Mergers & Acquisitions als auch im Anleihe- und Aktienemissionsgeschäft, einschließlich High-Yield-Anleihen und syndizierten Krediten, zu profitieren. Im Verkauf und Handel mit Wertpapieren (Sales & Trading) kommt uns das anhaltende Wachstum in komplexeren höherwertigen Bereichen, einschließlich Derivaten, Verbriefungen und strukturierten Handelsprodukten, zugute. In Perioden erhöhter Unsicherheit an den Finanzmärkten kann die breite Diversifizierung unseres Investmentbank-Geschäfts in Bezug auf Kundengruppen, Produkte und Regionen die negativen Auswirkungen eines schwierigeren Umfelds in einzelnen Bereichen abfedern. Angesichts der Zunahme des Fremdfinanzierungsanteils und der Verteilung der Risiken auf den Finanzmärkten dürfte das Risikomanagement-Know-how der Deutschen Bank, einschließlich innovativer Instrumente zur Steuerung und dynamischen Absicherung des Kreditrisikos, beim Ausbau unserer Geschäftsaktivitäten eine immer größere Rolle spielen.

Auch wenn der Ausblick insgesamt positiv ist, wird er durch die Margenerosion bei standardisierten Produkten leicht getrübt. Dieses globale Geschäft ist zudem einem hohen Innovationsdruck und hoher Wettbewerbsintensität ausgesetzt. Darüber hinaus können Korrekturen und Perioden der Unsicherheit in den Finanzmärkten, auch in Schwellenländern, auftreten und unser Geschäft beeinträchtigen. Auch würde ein Rückgang der Umsätze, ein Konjunkturabschwung oder ein Crashszenario negative Auswirkungen auf alle Marktteilnehmer, einschließlich der Deutschen Bank, haben.

Ein weltweiter Rückgang der Handelsvolumina und stagnierendes Wirtschaftswachstum könnten sich negativ auf unsere Erträge im Handelsfinanzierungsgeschäft auswirken. Im Cash-Management-Geschäft könnten sinkende Zinsen, abnehmende Transaktionsvolumina sowie erhöhter Wettbewerb erhebliche Risiken darstellen. Marktwertminderungen, die zu Preisreduzierungen bei der Verwahrung von Vermögenswerten führen, sowie ein aggressiver Preiswettbewerb infolge der Branchenkonsolidierung könnten sich negativ auf unser Trust & Securitisservices-Geschäft auswirken.

Auch im Vermögensanlagegeschäft, für das ein weiterer Anstieg der weltweit betreuten Vermögen erwartet wird, ist die Deutsche Bank gut aufgestellt. Zum Ende des Geschäftsjahres 2006 verwaltete der Deutsche Bank-Konzern Vermögenswerte von 966 Mrd€ für institutionelle, sehr vermögende und sonstige private Kunden. Dank der höheren Fokussierung auf die private Altersvorsorge in den etablierten Volkswirtschaften ist die DWS, unsere Investmentfondsgesellschaft, als drittgrößter Anbieter in Europa (gemessen an öffentlich verfügbaren Daten zum verwalteten Vermögen) und führende Fondsgesellschaft in Deutschland, sehr gut positioniert. In Schwellenländern hat die DWS dank der hier entstehenden neuen Vermögen günstige Wachstumsaussichten. Als führender Anbieter von Immobilienanlageprodukten kann die Deutsche Bank auch von der erwarteten wachsenden Nachfrage nach alternativen Anlagen profitieren. Zudem werden unsere im vergangenen Jahr getätigten Investitionen in unser Private Wealth Management-Geschäft, einschließlich der Neueinstellung von mehr als 400 Mitarbeitern und der Übernahme der Tilney Group in Großbritannien, dazu beitragen, dass wir am weltweiten Wachstum der investierten Vermögen wohlhabender Privatpersonen erfolgreich partizipieren können.

Im Bereich Personal Banking ist die Deutsche Bank gut aufgestellt, um das stabile Wirtschaftsumfeld im deutschen Heimatmarkt und das durch die Übernahme der Berliner Bank und der norisbank gewonnene zusätzliche Geschäftspotenzial zu nutzen. Durch unsere Investitionen in Indien, China und Vietnam, die sowohl organisches Wachstum als auch Partnerschaften vor Ort umfassen, können wir an der wachsenden Nachfrage nach Produkten des Privatkundengeschäfts in diesen schnell wachsenden Volkswirtschaften teilhaben.

Ein geringeres Wirtschaftswachstum, höhere Inflation und auf niedrigem Niveau stagnierende Zinsen würden zu einem geringer als erwarteten Wachstum der Nettomittelzuflüsse führen. Zudem könnten derartige Entwicklungen die angestrebte Verbesserung der Rendite auf betreute Vermögen gefährden, so dass die Erträge aus dem Brokeragegeschäft und anderen provisionsbasierten Geschäftsaktivitäten niedriger ausfallen. Zudem könnten die von uns gestarteten Wachstumsinitiativen und eingegangenen Partnerschaften hinter unseren Erwartungen zurückbleiben. Starker Wettbewerb auf unserem Heimatmarkt Deutschland sowie auf internationaler Ebene könnten deutliche Auswirkungen auf unsere Erträge und Rentabilität haben.

Die Beibehaltung des disziplinierten Managements von Kosten, Risiken und Kapital sowie die strikte Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben werden bei der Entwicklung unseres Geschäfts weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Die Ausweitung unserer Kerngeschäftsfelder wird eine Erhöhung unserer geschäftlichen Risiken und des Kostendrucks nach sich ziehen und wir werden diese Entwicklungen mit strikten internen Kontrollen begleiten. Auch werden potenzielle Akquisitionen weiterhin anhand strenger Kriterien überprüft, sowohl vor als auch nach Abschluss. Vor dem Hintergrund zunehmender regulatorischer und rechtlicher Überwachung werden wir unser straffes Kontrollumfeld beibehalten, um Reputationsrisiken wie auch regulatorische und rechtliche Risiken zu minimieren.

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Regulierungsdichte und Komplexität der Finanzmärkte werden immer wieder Versuche unternommen, Finanzdienstleistern zunehmend Verantwortung und Haftung aufzuerlegen. Daher müssen wir zur Erfüllung dieser Anforderungen zusätzliche Ressourcen aufbieten und sind in steigendem Umfang rechtlichen Risiken wie Gerichts- und aufsichtsbehördlichen Verfahren ausgesetzt. Dies gilt insbesondere für die USA. Unter Umständen schließen wir Verfahren durch einen Vergleich ab, bevor eine rechtskräftige Entscheidung über den Anspruch und dessen Höhe getroffen wurde, auch wenn wir der Überzeugung sind, berechnete Einwendungen gegen die behaupteten Ansprüche zu haben. Das gilt vor allem dann, wenn die möglichen wirtschaftlichen oder aufsichtsrechtlichen Folgen eines negativen Ausgangs des Verfahrens oder dessen Folgen für die Reputation in keinem angemessenen Verhältnis zu den Kosten eines Vergleichs stehen. Die finanziellen Auswirkungen rechtlicher Risiken können beträchtlich sein. Es ist jedoch nicht möglich, diese im Voraus verlässlich einzuschätzen.

Insgesamt sind wir zuversichtlich, dass wir mit unserer Strategie, unserer Wachstumsdynamik, unserer Kosten- und Risikodisziplin sowie unserem Kapitalmanagement exzellente Voraussetzungen geschaffen haben, um unsere Ziele zu erreichen. Wir sind führend in unseren Kerngeschäftsfeldern und haben unsere Fähigkeit unter Beweis gestellt, sowohl in einem günstigen wie auch in einem schwierigen Marktumfeld gute Ergebnisse zu erzielen. Auf Basis der heutigen Erwartungen für die Weltkonjunktur und die Kapitalmärkte sind wir zuversichtlich, die erfreuliche Entwicklung des Jahres 2006 auch in diesem Jahr fortführen zu können.

Bilanz

Aktivseite in Mio €		31.12.2006	31.12.2005
Barreserve			
a) Kassenbestand		21	18
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		4.357	2.736
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	1.517		(1.297)
		4.378	2.754
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind			
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen		3.916	8.251
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	3.106		(1.269)
b) Wechsel		516	390
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	229		(294)
		4.432	8.641
Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig		94.074	105.510
b) andere Forderungen		112.924	113.311
darunter: durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	61.891		218.821
		206.998	(64.745)
Forderungen an Kunden		480.107	457.316
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	3.019		(3.107)
Kommunalkredite	4.261		(3.218)
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	149.843		(161.575)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
a) Geldmarktpapiere			
aa) von öffentlichen Emittenten		468	1.325
ab) von anderen Emittenten		6.402	4.207
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	508		(110)
		6.870	5.532
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			
ba) von öffentlichen Emittenten		77.482	79.396
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	40.369		(47.914)
bb) von anderen Emittenten		121.571	101.542
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	16.793		(11.177)
		199.053	180.938
c) Eigene Schuldverschreibungen		1.555	2.396
Nennbetrag	1.824		(2.577)
		207.478	188.866
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		114.681	107.901
Beteiligungen		1.237	1.156
darunter: an Kreditinstituten	172		(332)
an Finanzdienstleistungsinstituten	1		(258)
Anteile an verbundenen Unternehmen		37.858	34.319
darunter: an Kreditinstituten	5.753		(5.690)
an Finanzdienstleistungsinstituten	1.098		(1.078)
Treuhandvermögen		845	941
darunter: Treuhandkredite	335		(537)
Immaterielle Anlagewerte		577	582
Sachanlagen		670	650
Eigene Aktien (rechnerischer Wert 66 Mio €)		2.366	3.355
Sonstige Vermögensgegenstände		391.142	401.374
Steuerabgrenzungsposten		1.038	1.276
Rechnungsabgrenzungsposten		857	1.389
Summe der Aktiva		1.454.664	1.429.341

Passivseite in Mio €		31.12.2006	31.12.2005
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
a) täglich fällig	269.425		267.908
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	187.667		190.359
		457.092	458.267
darunter:			
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	55.728		(54.657)
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden			
a) Spareinlagen			
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	2.156		1.912
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	1.086		749
	3.242		2.661
b) andere Verbindlichkeiten			
ba) täglich fällig	178.045		180.155
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	212.419		210.927
	390.464		391.082
		393.706	393.743
darunter:			
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	76.732		(79.344)
Verbriefte Verbindlichkeiten			
a) begebene Schuldverschreibungen	22.569		21.069
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	119.639		92.787
		142.208	113.856
darunter:			
Geldmarktpapiere	35.648		(35.330)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	1.291		(655)
Treuhandverbindlichkeiten		845	941
darunter: Treuhandkredite	335		(537)
Sonstige Verbindlichkeiten		409.619	412.301
Rechnungsabgrenzungsposten		467	543
Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.076		2.995
b) Steuerrückstellungen	1.564		2.019
c) andere Rückstellungen	6.872		6.292
		11.512	11.306
Nachrangige Verbindlichkeiten		13.775	14.016
Fonds für allgemeine Bankrisiken		3.475	3.475
Eigenkapital			
a) gezeichnetes Kapital	1.343		1.420
bedingtes Kapital 171 Mio € (31.12.2005: 198 Mio €)			
b) Kapitalrücklage	12.524		11.647
c) Gewinnrücklagen			
ca) gesetzliche Rücklage	13		13
cb) Rücklage für eigene Anteile	2.366		3.355
cc) andere Gewinnrücklagen	3.620		3.172
	5.999		6.540
d) Bilanzgewinn	2.099		1.286
		21.965	20.893
Summe der Passiva		1.454.664	1.429.341
Eventualverbindlichkeiten			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	–		–
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Seiten 34 und 35)	39.291		36.734
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	59		64
		39.350	36.798
Andere Verpflichtungen			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	–		–
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	162		120
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	134.488		116.399
		134.650	116.519

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Aufwendungen in Mio €		2006	2005
Zinsaufwendungen		31.129	25.010
Provisionsaufwendungen		1.300	1.183
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	5.759		4.907
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.348		1.224
		7.107	6.131
darunter: für Altersversorgung	520		(440)
b) Andere Verwaltungsaufwendungen		4.747	4.299
		11.854	10.430
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		220	230
Sonstige betriebliche Aufwendungen		639	977
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		1.553	–
Aufwendungen aus Verlustübernahme		19	2
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		–	3.475
Außerordentliche Aufwendungen		92	293
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		619	2.903
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen		45	56
Jahresüberschuss		4.280	3.672
Summe der Aufwendungen		51.750	48.231

		2006	2005
Jahresüberschuss		4.280	3.672
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		47	56
		4.327	3.728
Einstellungen in Gewinnrücklagen			
– in die Rücklage für eigene Anteile	1.780		1.741
– in andere Gewinnrücklagen	448		701
		2.228	2.442
Bilanzgewinn		2.099	1.286

Erträge in Mio €		2006	2005
Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	27.588		21.480
b) Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	5.082		3.809
		32.670	25.289
Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	5.601		4.249
b) Beteiligungen	58		49
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	423		193
		6.082	4.491
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		2.486	1.531
Provisionserträge		6.723	6.164
Nettoertrag aus Finanzgeschäften		1.810	10.097
Erträge aus der Zuschreibung zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		433	72
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		–	410
Sonstige betriebliche Erträge		1.507	137
Außerordentliche Erträge		39	40
Summe der Erträge		51.750	48.231

Anhang

Der Jahresabschluss der Deutschen Bank AG für das Geschäftsjahr 2006 ist nach den Vorschriften des Bankbilanzrichtliniengesetzes (§§ 340 ff. HGB, RechKredV) aufgestellt worden; aktienrechtliche Vorschriften wurden beachtet. Zum Zweck der Übersichtlichkeit sind die Werte in Millionen € ausgewiesen.

GRUNDLAGEN UND METHODEN

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze für:

FORDERUNGEN

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag oder den Anschaffungskosten ausgewiesen. Erforderliche Wertberichtigungen werden gekürzt.

WERTPAPIERE

Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, die nicht dem Handelsbestand zugeordnet sind, werden nach dem für das Umlaufvermögen geltenden strengen Niederstwertprinzip mit ihren Anschaffungskosten beziehungsweise mit den niedrigeren Börsenwerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind mit ihrem Marktwert angesetzt, sofern sie zu Handelszwecken gehalten werden. Die Bewertung der Handelsaktivitäten ist gesondert beschrieben.

HANDELSAKTIVITÄTEN

Die Handelsportfolios werden seit dem Geschäftsjahr 2005 nach dem risikoadjustierten Marktwertansatz bewertet, dessen Ausgangspunkt Marktwerte (Fair Values) für Finanzinstrumente des Handelsbestands sind. Das Verfahren zur Bewertung von Finanzinstrumenten zum Fair Value beinhaltet Wertanpassungen für Close-out-Kosten, Liquiditätsrisiken und Kontrahentenrisiken. Die positiven und negativen Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbereichs sind unter den sonstigen Vermögensgegenständen und sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Um etwaig verbliebenen Realisationsrisiken Rechnung zu tragen, wird das aus der Marktbewertung resultierende Ergebnis um einen Value-at-risk-Abschlag reduziert. Dieser wird unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Der Berechnung des Value-at-risk-Abschlags liegen eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Konfidenzniveau von 99 % zu Grunde.

BETEILIGUNGEN UND ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND SACHANLAGEN

Sachanlagen sowie entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um gegebenenfalls planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Das Wahlrecht nach § 281 Abs.1 HGB wurde in Anspruch genommen. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden ab 2006 mit ihren Anschaffungskosten oder unter Ausnutzung des Wahlrechts gemäß § 253 HGB mit dem niedrigeren Zeitwert angesetzt.

Sowohl bei den Wertpapieren als auch bei den Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen werden Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot (§ 280 HGB) vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Von der gemäß § 340c Abs. 2 HGB zulässigen Aufrechnung wurde Gebrauch gemacht.

VERBINDLICHKEITEN

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungs- beziehungsweise Nominalbetrag bewertet. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten werden mit dem Barwert ausgewiesen.

RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen angesetzt; im Inland werden Pensionsrückstellungen nach dem Teilwertverfahren nach § 6a Einkommensteuergesetz unter Verwendung eines Rechnungszinssatzes von 6 % ermittelt.

Für fondsbezogene Kapitalkontenpläne, die aus den Beiträgen für die Mitarbeiter aufgebaut werden, werden die Pensionsrückstellungen mit der Summe aus dem Zeitwert des Fondsvermögens aus den Beiträgen für die Mitarbeiter und dem Barwert der Risikozusatzleistung angesetzt. Falls dieser Wert niedriger ist als der Teilwert nach § 6a Einkommensteuergesetz, wird die Rückstellung auf den Teilwert angehoben.

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen sind gemäß den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe der ungewissen Verbindlichkeiten oder der drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet.

RISIKOVORSORGE

Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken, für latente Ausfallrisiken und die Vorsorge für allgemeine Bankrisiken.

Für Bonitätsrisiken werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen in Höhe des erwarteten Ausfalls gebildet.

Das Transferrisiko für Kredite an Kreditnehmer in ausländischen Staaten (Länderrisiko) wird auf Basis eines Rating-systems, das die wirtschaftliche, politische und regionale Situation berücksichtigt, bewertet. Für grenzüberschreitende Engagements gegenüber bestimmten Staaten werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen gebildet.

Dem latenten Kreditrisiko wird in Form der Pauschalwertberichtigung nach handelsrechtlichen Grundsätzen Rechnung getragen. Außerdem besteht eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB. Das Wahlrecht gemäß § 340f Abs. 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die Währungsumrechnung folgt den in § 340h HGB vorgegebenen Grundsätzen.

Auf fremde Währungen lautende und wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände, die nicht in derselben Währung besonders gedeckt sind, werden zu historischen Anschaffungskosten angesetzt. Andere auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte sind zum Kassa-Mittelkurs des Bilanzstichtags umgerechnet, Devisentermingeschäfte zum Terminkurs am Bilanzstichtag.

Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung wurden entsprechend § 340h Abs. 2 HGB in der Gewinn- und-Verlust-Rechnung berücksichtigt.

Die Posten der Bilanz sowie die Posten der Gewinn- und-Verlust-Rechnung von Auslandsfilialen sind zu Mittelkursen des jeweiligen Bilanzstichtags in Euro umgerechnet (Stichtagsmethode). Kursdifferenzen aus der Währungsumrechnung von Bilanzposten innerhalb der Bank werden – mit Ausnahme von Währungskursverlusten aus der Umrechnung des unseren Auslandsfilialen zur Verfügung gestellten Dotationskapitals (einschließlich Ergebnisvorträgen) – erfolgsneutral den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise sonstigen Verbindlichkeiten zugeordnet.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Aufgliederung der in nachstehenden Bilanzpositionen enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere:

in Mio €	börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2005
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	182.327	172.686	25.151	16.180
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	109.273	101.049	1.753	2.960
Beteiligungen	125	21	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	-	47	47

Die Bilanzposition Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (114.681 Mio €) enthält an einen unabhängigen Vermögenstreuhänder übertragene Fondsanteile in Höhe von 3.583 Mio € (31.12.2005: 3.468 Mio €), die ausschließlich für die Erfüllung von Pensionsverpflichtungen gegenüber Mitarbeitern und Pensionären in Deutschland sowie für die Erfüllung von Altersteilzeitverpflichtungen verwendet werden dürfen.

In der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind zu Handelszwecken gehaltene und zu Marktwerten angesetzte Wertpapiere in Höhe von 203.626 Mio € (31.12.2005: 182.780 Mio €) enthalten. In der Bilanzposition Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind zu Handelszwecken gehaltene und zu Marktwerten angesetzte Wertpapiere in Höhe von 110.682 Mio € (31.12.2005: 103.130 Mio €) enthalten.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung des Anlagevermögens:

in Mio €	Anschaffungs-/ Herstellungskosten			Abschreibungen und Wertberichtigungen			Buchwerte	
	Stand 1.1.2006	Zugänge	Abgänge	kumuliert	darin lfd. Jahr	darin Abgänge	Stand 31.12.2006	Stand 31.12.2005
Immaterielle Anlagewerte	821	54	1	297	62	1	577	582
Sachanlagen	1.952	211	207	1.286	158	177	670	650
Grundstücke und Gebäude	47	71	1	16	4	-	101	35
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.850	140	151	1.270	148	140	569	590
Leasinganlagen	55	-	55	-	6	37	-	25
		Veränderungen						
Beteiligungen			+ 81				1.237	1.156
Anteile an verbundenen Unternehmen			+ 3.539				37.858	34.319
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			- 28				-	28

Von der nach § 34 Abs. 3 RechKredV möglichen Zusammenfassung für Finanzanlagen wurde Gebrauch gemacht. Wechselkursveränderungen, die sich auf Grund der Währungsumrechnung zu Stichtagskursen bei Auslandsfilialen ergaben, wurden bei den Anschaffungs-/Herstellungskosten (Stand: 1.1.2006) und bei den kumulierten Abschreibungen und Wertberichtigungen berücksichtigt. Grundstücke und Gebäude mit einem Buchwert von insgesamt 92 Mio € wurden im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzt.

NACHRANGIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

In den nachstehenden Positionen enthaltene nachrangige Vermögensgegenstände:

in Mio €	31.12.2006	31.12.2005
Forderungen an Kreditinstitute	1.949	1.149
Forderungen an Kunden	359	410
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	655	739
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	17	13

IMMATERIELLE ANLAGEWERTE

Die unter den immateriellen Anlagewerten ausgewiesenen Firmenwerte werden über die erwartete Nutzungsdauer von fünf bis 15 Jahren abgeschrieben. Als immaterieller Vermögensgegenstand klassifizierte Software wird entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die zu Handelszwecken gehalten werden, in Höhe von 384.431 Mio € (31.12.2005: 398.481 Mio €). Darüber hinaus werden nachschüssige Zahlungen aus Swapgeschäften, Edelmetallbestände, Schecks und fällige Schuldverschreibungen sowie Steuererstattungsansprüche an Finanzämter unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

STEUERABGRENZUNGSPOSTEN

Der aktive Abgrenzungsposten gemäß § 274 Abs. 2 HGB beträgt 1.038 Mio €. Er entspricht der voraussichtlichen Steuerentlastung aus den Unterschieden der handelsrechtlichen und der steuerrechtlichen Ergebnisse unter Anwendung der landesspezifischen Steuersätze.

SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die zu Handelszwecken gehalten werden, in Höhe von 406.450 Mio € (31.12.2005: 410.707 Mio €). Darüber hinaus werden der Value-at-risk-Abschlag sowie abgegrenzte und noch nicht fällige Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten und der passivische Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung ausgewiesen.

NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN

Für die nachrangigen Mittelaufnahmen besteht in keinem Fall eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung durch die Deutsche Bank AG. Im Fall der Liquidation oder der Insolvenz gehen die Forderungen und Zinsansprüche aus diesen Verbindlichkeiten den Forderungen aller Gläubiger der Deutschen Bank AG, die nicht ebenfalls nachrangig sind, nach. Diese Bedingungen treffen auch für die nicht einzeln aufgeführten nachrangigen Mittelaufnahmen zu.

Die Zinsaufwendungen für die gesamten nachrangigen Verbindlichkeiten betragen 614 Mio €. Hierin enthaltene abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 274 Mio € sind unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Wesentliche nachrangige Verbindlichkeiten:

Währung	Betrag	Emittent/Art	Zinssatz	Fälligkeit
€	750.000.000,-	Deutsche Bank AG (in 2005 übernommen von der Deutschen Bank Finance N.V., Curaçao/Niederl. Antillen, ehemals durchgeleitete Anleiheerlöse)	5,38 %	27.3.2012
€	1.100.000.000,-	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2003	5,13 %	31.1.2013
€	1.000.000.000,-	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	3,88 %	16.1.2014
€	750.000.000,-	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2005	3,91 %	22.9.2015
€	500.000.000,-	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	4,00 %	20.9.2016
€	500.000.000,-	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2005	3,63 %	9.3.2017
€	1.000.000.000,-	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2003 (von der DB Capital Funding LLC IV, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	5,33 %	19.9.2023
€	300.000.000,-	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2003 (von der DB Capital Funding LLC V, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	6,15 %	2.12.2033
€	900.000.000,-	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2005 (von der DB Capital Funding LLC VI, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	6,00 %	28.1.2035
€	300.000.000,-	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2005 (von der DB Capital Finance LLC I, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	7,00 %	27.6.2035
GBP	225.000.000,-	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	5,25 %	15.12.2015
US-\$	318.000.000,-	von der DB Capital LLC I, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,06 %	30.3.2009
US-\$	550.000.000,-	von der Deutschen Bank Financial Inc., Dover/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,50 %	25.4.2009
US-\$	250.000.000,-	Deutsche Bank AG (in 2005 übernommen von der Deutschen Bank Finance N.V., Curaçao/Niederl. Antillen, ehemals durchgeleitete Anleiheerlöse)	5,70 %	30.4.2009
US-\$	650.000.000,-	von der DB Capital Funding LLC I, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,87 %	30.6.2009
US-\$	500.000.000,-	Deutsche Bank AG (in 2005 übernommen von der Deutschen Bank Finance N.V., Curaçao/Niederl. Antillen, ehemals durchgeleitete Anleiheerlöse)	5,87 %	27.3.2012
US-\$	800.000.000,-	von der Deutschen Bank Financial Inc., Dover/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	5,38 %	2.3.2015
US-\$	800.000.000,-	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2006 (von der DB Capital Funding LLC VII, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	5,63 %	19.1.2036
US-\$	600.000.000,-	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2006 (von der DB Capital Funding LLC VIII, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	6,38 %	unbefristet

EIGENE AKTIEN

Verteilt über das Jahr 2006 hat die Bank beziehungsweise haben mit ihr verbundene Unternehmen für Handelszwecke 503.270.633 Deutsche Bank-Aktien zu den jeweiligen Tageskursen erworben und 503.295.778 Deutsche Bank-Aktien zu den jeweiligen Tageskursen veräußert. Der Erwerb Eigener Aktien stützte sich auf die von den Hauptversammlungen am 18. Mai 2005 sowie am 1. Juni 2006 erteilten Ermächtigungen gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG, deren Schranken bei jedem Kauf- und Verkaufsvorgang eingehalten wurden. Die Ermächtigung vom 18. Mai 2005 wurde mit Wirksamwerden der Ermächtigung vom 1. Juni 2006 aufgehoben. Der durchschnittliche Kaufpreis betrug 91,74 €, der durchschnittliche Verkaufspreis 91,78 € je Stückaktie. Der Ertrag ging in das Betriebsergebnis ein.

Die im Verlauf von 2006 insgesamt für Handelszwecke umgesetzten Eigenen Aktien entsprechen rund 96 % des Grundkapitals. Der höchste Tagesbestand belief sich auf 1,71 %, der tägliche Durchschnittsbestand auf 0,17 % des Grundkapitals.

Die Bank wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 1. Juni 2006 ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2007 Eigene Aktien bis zu 10 von Hundert des Grundkapitals gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die auf Grund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen; die Einhaltung dieser Grenzen wurde zeitnah überwacht. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen

Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutschen Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem das Xetra-System ersetzenden vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- und nicht um mehr als 20 % unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutschen Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem das Xetra-System ersetzenden vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots um nicht mehr als 10 % unterschreiten und um nicht mehr als 15 % überschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Bank je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eine Veräußerung der erworbenen Aktien in anderer Weise als über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen, soweit dies gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben. Darüber hinaus wurde der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung erworbener Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Bank ausgegebenen Optionsscheine, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandelrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wird das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen. Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen, soweit die Aktien dazu verwendet werden, sie als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Bank und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben, oder soweit sie zur Bedienung von Mitarbeitern der Bank und mit ihr verbundener Unternehmen eingeräumten Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Bank verwendet werden sollen.

Darüber hinaus wurde der Vorstand ermächtigt, die Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der auf Grund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zusammen mit Aktien, die aus genehmigtem Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre nach § 186 Abs. 3 S. 4 AktG ausgegeben werden, 10 % des bei der Ausgabe beziehungsweise der Veräußerung von Aktien vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, auf Grund dieser Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die durch die Hauptversammlung am 18. Mai 2005 erteilte und bis zum 31. Oktober 2006 befristete Ermächtigung zum Erwerb Eigener Aktien wurde ab Wirksamwerden der Ermächtigung vom 1. Juni 2006 aufgehoben.

Am Jahresende 2006 hatte die Deutsche Bank AG keine Eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG im Bestand. Der Bestand gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG belief sich auf 25.945.306 Stück; das sind 4,94 % des Grundkapitals. Der Gesamtbestand an Eigenen Aktien am Bilanzstichtag erforderte eine Rücklage für eigene Anteile in Höhe des Bilanzwerts der Eigenen Aktien von 2.365.717.686,98 €. Der Bank und den mit ihr verbundenen Unternehmen waren am 31. Dezember 2006 1.287.832 Stück Deutsche Bank-Aktien als Kreditsicherheit verpfändet (Ende 2005: 1.456.812 Stück), das sind 0,25 % (Ende 2005: 0,26 %) des Grundkapitals.

ENTWICKLUNG DES GEZEICHNETEN, GENEHMIGTEN UND BEDINGTEN KAPITALS

Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 524.768.009 Stückaktien, die Aktien lauten auf den Namen. Im Berichtsjahr wurden 40.000.000 Aktien eingezogen sowie 10.232.739 Aktien im Rahmen von Aktienoptionsprogrammen für Mitarbeiter ausgegeben.

Ohne den Bestand an Eigenen Aktien beliefen sich die im Umlauf befindlichen Aktien am 31. Dezember 2006 auf 498.822.703 Stück (Ende 2005: 505.748.046 Stück); die durchschnittliche Zahl umlaufender Aktien betrug im Berichtsjahr 501.224.286 Stück.

Am 24. Januar 2006 hat der Vorstand den Beschluss gefasst, 40.000.000 Stück der im Bestand gehaltenen Eigenen Aktien einzuziehen. Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte am 15. Februar 2006.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des gezeichneten, genehmigten und bedingten Kapitals:

in €	Gezeichnetes Kapital	Genehmigtes Kapital	Bedingtes Kapital (noch ausübbar)
Stand 31.12.2005	1.419.610.291,20	554.000.000,00	197.654.914,56
Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Stück 40.000.000 Aktien gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 18.5.2005	- 102.400.000,00		
Auslaufen des Hauptversammlungsbeschlusses vom 17.5.2001		- 128.000.000,00	
Ausübung von Optionsrechten von Mitgliedern des Vorstands und Führungskräften der Deutschen Bank AG sowie von Mitgliedern von Geschäftsführungen und Führungskräften verbundener Unternehmen aus Global Partnership Plänen	23.308.751,36		- 23.308.751,36
Ausübung von Optionsrechten von Mitarbeitern des Deutsche Bank-Konzerns aus Global Share Plänen	2.887.060,48		- 2.887.060,48
Ausgegebene, jedoch verfallene Optionsrechte von Mitgliedern des Vorstands und Führungskräften der Deutschen Bank AG sowie an Mitglieder von Geschäftsführungen und Führungskräfte verbundener Unternehmen aus Global Partnership Plänen			- 62.213,12
Ausgegebene, jedoch verfallene Optionsrechte an Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns aus Global Share Plänen			- 141.634,56
Stand 31.12.2006	1.343.406.103,04	426.000.000,00	171.255.255,04

ERMÄCHTIGUNGEN DER HAUPTVERSAMMLUNG

Die Hauptversammlung hat dem Vorstand die folgenden Ermächtigungen erteilt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch die Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen, und zwar

GENEHMIGTES KAPITAL

- bis zum 30. April 2007 gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 100.000.000 €; das grundsätzlich bestehende Bezugsrecht der Aktionäre kann ausgeschlossen werden, wenn der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet (HV-Beschluss vom 22. Mai 2002);
- bis zum 30. April 2008 gegen Geld- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 128.000.000 €, wobei den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen ist; das Bezugsrecht kann jedoch ausgeschlossen werden, wenn eine Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zweck des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt (HV-Beschluss vom 10. Juni 2003);
- bis zum 30. April 2009 gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 150.000.000 €, wobei den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen ist (HV-Beschluss vom 2. Juni 2004);
- bis zum 30. April 2009 gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 48.000.000 €; das grundsätzlich bestehende Bezugsrecht der Aktionäre kann ausgeschlossen werden, wenn der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet (HV-Beschluss vom 2. Juni 2004).

In allen Fällen kann das Bezugsrecht für Spitzenbeträge sowie zur Gewährung von Bezugsrechten an Inhaber ausgegebener Optionsscheine, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ausgeschlossen werden.

BEDINGTES KAPITAL

- Der Vorstand konnte auf der Grundlage der Ermächtigung vom 17. Mai 2001 bis zum 31. Dezember 2003 mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zu 12.000.000 Optionsrechte auf Aktien der Deutschen Bank an Mitarbeiter des Konzerns Deutsche Bank ausgeben. Bezüglich des Ausgabepreises, des Erfolgsziels und der Ausübungszeiten galten die Regelungen entsprechend der Ausgabe von Optionsrechten an Führungskräfte. Das bedingte Kapital betrug 10.000.000 €. Zum 31. Dezember 2006 waren entsprechend dieser Ermächtigung Optionsrechte auf Aktien in Höhe von 3.397.096,96 € noch nicht ausgeübt. Das bedingte Kapital kann nicht weiter ausgenutzt werden.

Der Vorstand wurde ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Optionsrechte auf Aktien der Deutschen Bank AG an Vorstandsmitglieder und Führungskräfte der Deutschen Bank AG sowie an Mitglieder der Geschäftsführungen und Führungskräfte verbundener Unternehmen auszugeben. Die Ermächtigungen enthalten folgende Bedingungen:

- Hauptversammlungsbeschluss vom 17. Mai 2001: Ausgabe von bis zu 20.000.000 Optionsrechten bis zum 10. Mai 2003. Gewährung in zwei jährlichen Tranchen, die jeweils 70 % des Gesamtvolumens nicht übersteigen dürfen (bedingtes Kapital 51.200.000 €);
- Hauptversammlungsbeschluss vom 22. Mai 2002: Ausgabe von bis zu 25.000.000 Optionsrechten bis zum 20. Mai 2005. Gewährung in jährlichen Tranchen, die jeweils 60 % des Gesamtvolumens nicht übersteigen dürfen (bedingtes Kapital 64.000.000 €).

Zum 31. Dezember 2006 waren entsprechend diesen Ermächtigungen Optionsrechte auf Aktien in Höhe von 17.858.158,08 € noch nicht ausgeübt. Das bedingte Kapital kann nicht weiter ausgenutzt werden.

Jedes Optionsrecht berechtigt gegen Zahlung des Ausgabebetrags zum Bezug einer Stückaktie der Deutschen Bank AG. Der Ausgabebetrag für eine Aktie bei Ausübung der Option ergibt sich aus einem Basispreis zuzüglich eines Zuschlags von 20 %. Der Basispreis entspricht dem durchschnittlichen Schlussauktionspreis der Deutschen Bank-Aktie im Xetra-Handel an der Wertpapierbörse Frankfurt am Main der letzten zehn Handelstage vor dem Tag der Ausgabe der Optionsrechte. Bei der Ausübung sind die Wartezeit für die erstmalige Ausübung und Ausübungszeiträume zu beachten.

Die bedingten Kapitalerhöhungen werden nur insoweit durchgeführt, als die Inhaber der ausgegebenen Optionsrechte von ihrem Bezugsrecht Gebrauch machen und die Bank die Optionsrechte nicht durch Übertragung Eigener Aktien oder im Wege einer Barzahlung erfüllt.

Der Vorstand wurde in der Hauptversammlung vom 2. Juni 2004 ermächtigt, bis zum 30. April 2009 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine zu begeben oder an Stelle oder neben Genussscheinen einmalig oder mehrmals Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von längstens 20 Jahren zu begeben. Den Genussscheinen können Inhaberoptionsscheine beigelegt oder sie können mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden. Den Inhabern von Optionsschuldverschreibungen können Optionsrechte sowie den Inhabern von Wandelschuldverschreibungen Wandlungsrechte auf neue Aktien der Deutschen Bank AG nach näherer Maßgabe der Options- beziehungsweise Wandelanleihebedingungen gewährt werden. Der Gesamtbetrag der im Rahmen dieser Ermächtigung auszugebenden Genussscheine, Options- und Wandelschuldverschreibungen darf insgesamt 6.000.000.000 € nicht übersteigen (bedingtes Kapital 150.000.000 €).

Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, als von diesen Rechten Gebrauch gemacht wird oder als die zur Wandlung verpflichteten Inhaber ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen.

VERÄNDERUNG DES EIGENKAPITALS

in Mio €		
Stand am 31.12.2005		20.893
Ausschüttung in 2006		- 1.239
Gewinnvortrag		- 47
Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Eigenen Aktien		
– Ausbuchung des gezeichneten Kapitals	- 102	
– Einstellung in die Kapitalrücklage	102	
– Entnahmen aus Gewinnrücklagen	- 2.769	- 2.769
Kapitalerhöhung durch Ausübung von Optionen		
– Erhöhung des gezeichneten Kapitals	25	
– Einstellung in die Kapitalrücklage	775	800
Gewinnrücklagen		
– Einstellung in die Rücklage für eigene Anteile	1.780	
– Einstellung in andere Gewinnrücklagen	448	2.228
Bilanzgewinn 2006		2.099
Stand am 31.12.2006		21.965

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel gemäß Kreditwesengesetz (KWG) beliefen sich auf insgesamt 33,8 Mrd € (basierend auf der bankeigenen Berechnung).

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN

In der Bilanzposition Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen werden ausgewiesen:

in Mio €	31.12.2006	31.12.2005
Bürgschaften, Garantien	24.343	20.528
Akkreditive	3.927	3.354
Kredithaftungen	11.021	12.852

ANDERE VERPFLICHTUNGEN

Von den in der Bilanz vermerkten unwiderruflichen Kreditzusagen (134.488 Mio €) betreffen 62.334 Mio € Zusagen für Buch- und Wechselkredite an Nichtbanken. Die unwiderruflichen Kreditzusagen wurden zum 31. Dezember 2005 um 12,4 Mrd € erhöht und betragen danach 116.399 Mio €.

SONSTIGE VERPFLICHTUNGEN

Die Zahlungsverpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen sowie aus Leasingverträgen betragen 1.180 Mio €, bei Restlaufzeiten von bis zu 17 Jahren. Von diesen Verpflichtungen bestehen 38 Mio € gegenüber verbundenen Unternehmen. Weiterhin werden im Zusammenhang mit den brandschutztechnisch notwendigen und behördlich geforderten Baumaßnahmen sowie weiteren damit im Zusammenhang stehenden Umbau- und Sanierungsmaßnahmen, insbesondere bei der Gebäudetechnik, des gemieteten Gebäudes Taunusanlage 12, Frankfurt am Main, zusätzliche finanzielle Verpflichtungen anfallen. Es bestehen des Weiteren Abnahmeverpflichtungen in Höhe von 2,7 Mrd € für Waren und Dienstleistungen, die zukünftige Zahlungen unter anderem für Abwicklung, Informationstechnologie und Depotverwaltung umfassen.

Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und sonstigen Anteilen beliefen sich Ende 2006 auf 51 Mio €. Mithaftungen gemäß § 24 GmbH-Gesetz bestanden in Höhe von 5 Mio €. Soweit weitere Mithaftungen bestehen, ist die Bonität der Mitgesellschafter in allen Fällen zweifelsfrei.

Aus unserer Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, bestehen eine Nachschusspflicht bis zu 70 Mio€ und eine quotale Eventualhaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, angehörender Gesellschafter.

Die Nachschusspflichten auf sonstige Anteile beliefen sich am 31. Dezember 2006 auf insgesamt 3 Mio€.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds haben wir uns verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zu Gunsten von im Mehrheitsbesitz der Deutschen Bank stehenden oder von ihr beherrschten Kreditinstituten anfallen.

Des Weiteren hat sich die Deutsche Bank AG gemäß § 3 Abs. 1a des Statuts des Einlagensicherungsfonds für Bank-Bausparkassen verpflichtet, den Fachverband für Bank-Bausparkassen e.V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zu Gunsten der Deutschen Bank Bauspar AG, Frankfurt am Main, anfallen.

Im Rahmen der Geschäftstätigkeit unserer Auslandsfilialen waren Sicherheitsleistungen auf Grund gesetzlicher Regelungen von 1,3 Mrd€ erforderlich.

Verpflichtungen aus Geschäften an Terminbörsen sowie gegenüber Clearingstellen, für die Wertpapiere als Sicherheit hinterlegt wurden, beliefen sich zum 31. Dezember 2006 auf 8,0 Mrd€.

Im Zusammenhang mit der Weiterveräußerung des Handelshauses Klöckner & Co. AG, Duisburg, bestehen Eventualhaftungen in Höhe von insgesamt 49 Mio€.

Des Weiteren bestehen noch sonstige Verpflichtungen aus Andienungsrechten von Dritten in Höhe von 176 Mio€.

PATRONATSERKLÄRUNG¹

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

Berliner Bank AG & Co. KG, Berlin	Deutsche Bank S.A./N.V., Brüssel
DB Investments (GB) Limited, London	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Barcelona
Deutsche Asset Management International GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand
Deutsche Asset Management Investmentgesellschaft mbH vormals DEGEF Deutsche Gesellschaft für Fondsverwaltung mbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank (Suisse) S.A., Genf
Deutsche Australia Limited, Sydney	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd., Singapur
Deutsche Bank Americas Holding Corp., Wilmington	Deutsche Morgan Grenfell Group plc, London
Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg	Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong
Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur	Deutsche Securities Limited, Hongkong
Deutsche Bank Polska S.A., Warschau	DWS Holding & Service GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank (Portugal), S.A., Lissabon	DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank Rt., Budapest	DWS Investment S.A., Luxemburg
Deutsche Bank S.A., Buenos Aires	OOO Deutsche Bank, Moskau
Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo	Schiffshypothekenbank zu Lübeck Aktiengesellschaft, Hamburg

¹ Gesellschaften, mit denen ein Ergebnisabführungsvertrag besteht, sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes gekennzeichnet.

LAUFZEITENGLIEDERUNG DER FORDERUNGEN

in Mio €	31.12.2006	31.12.2005
Andere Forderungen an Kreditinstitute	112.924	113.311
mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate	74.621	72.428
mehr als drei Monate bis ein Jahr	25.019	27.496
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	8.223	9.924
mehr als fünf Jahre	5.061	3.463
Forderungen an Kunden	480.107	457.316
mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate	363.771	348.103
mehr als drei Monate bis ein Jahr	52.635	36.835
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	35.364	48.792
mehr als fünf Jahre	27.579	23.130
mit unbestimmter Laufzeit	758	456

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (207.478 Mio €) werden 40.083 Mio € in 2007 fällig.

LAUFZEITENGLIEDERUNG DER VERBINDLICHKEITEN

in Mio €	31.12.2006	31.12.2005
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	187.667	190.359
mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate	140.860	149.181
mehr als drei Monate bis ein Jahr	20.769	14.499
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	15.216	15.524
mehr als fünf Jahre	10.822	11.155
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	1.086	749
mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate	450	339
mehr als drei Monate bis ein Jahr	442	242
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	192	165
mehr als fünf Jahre	2	3
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	212.419	210.927
mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate	146.774	143.453
mehr als drei Monate bis ein Jahr	31.711	19.646
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	21.672	35.034
mehr als fünf Jahre	12.262	12.794
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	119.639	92.787
mit einer Restlaufzeit		
bis drei Monate	26.325	25.999
mehr als drei Monate bis ein Jahr	31.049	21.771
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	38.748	26.911
mehr als fünf Jahre	23.517	18.106

Von den begebenen Schuldverschreibungen (22.569 Mio €) werden 4.552 Mio € in 2007 fällig.

RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten von 857 Mio € sind 435 Mio € wegen des Unterschiedsbetrags gemäß § 250 Abs. 3 HGB enthalten. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 467 Mio € betreffen mit 34 Mio € Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Abs. 2 HGB.

TREUHANDGESCHÄFTE

in Mio €	Treuhandvermögen		in Mio €	Treuhandverbindlichkeiten	
	31.12.2006	31.12.2005		31.12.2006	31.12.2005
Forderungen an Kreditinstitute	46	342	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2	5
Forderungen an Kunden	335	534	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	843	936
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	387	–			
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	6	50			
Beteiligungen	12	15			
Sonstige Vermögensgegenstände	59	–			
Insgesamt	845	941	Insgesamt	845	941

ANGABEN ZU VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND UNTERNEHMEN, MIT DENEN EIN BETEILIGUNGSVERHÄLTNISS BESTEHT

in Mio €	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2006	31.12.2005
Forderungen an Kreditinstitute	61.728	55.660	2	707
Forderungen an Kunden	207.420	224.593	541	301
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	689	1.388	1.075	876
Positive Marktwerte aus Handelsderivaten (unter sonstige Vermögensgegenstände)	12.585	12.803	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	93.902	85.274	30	190
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	102.504	120.112	1.050	665
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.590	1.241	–	–
Nachrangige Verbindlichkeiten	5.831	5.662	–	–
Negative Marktwerte aus Handelsderivaten (unter sonstige Verbindlichkeiten)	10.101	8.336	–	–

ANTEILSBESITZ

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes ist im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Sie kann bei der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, kostenlos angefordert werden.

ALS SICHERHEIT ÜBERTRAGENE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen:

in Mio €	31.12.2006	31.12.2005
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	20.957	19.742
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.116	677

PENSIONSGESCHÄFTE

Der Buchwert der in der Bilanz ausgewiesenen und in Pension gegebenen Vermögensgegenstände in Höhe von 33.425 Mio € betraf ausschließlich im Rahmen von Repo-Geschäften verpensionierte Wertpapiere.

FREMDWÄHRUNG

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände in Fremdwährung belief sich am Bilanzstichtag auf umgerechnet 806.510 Mio €, der der Schulden auf umgerechnet 782.438 Mio €.

TERMINGESCHÄFTE

Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Termingeschäfte beinhalten vor allem die nachfolgenden Arten von Geschäften:

- Zinssatzbezogene Geschäfte
Termingeschäfte auf Zinstitel, Zinstermingeschäfte, Zinsaustauschvereinbarungen, Zinsterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Zinsen und Indizes;
- Wechselkursbezogene Geschäfte
Devisen- und Edelmetalltermingeschäfte, Austauschvereinbarungen in Devisen, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Devisen und Edelmetalle, Devisen- und Edelmetallterminkontrakte;
- Sonstige Geschäfte
Aktientermingeschäfte, Indexterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Aktien und Indizes.

Die oben genannten Geschäfte werden weitestgehend zur Deckung von Zins-, Wechselkurs- oder Marktpreisschwankungen für Handelsgeschäfte abgeschlossen.

MARKTWERTE VON DERIVATEN

in Mio €	Nominal- betrag	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
OTC-Produkte			
Zinsbezogene Geschäfte	32.135.325	219.098	– 227.238
Wechselkursbezogene Geschäfte	3.531.476	51.798	– 52.268
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	796.849	44.763	– 53.957
Kreditderivate	3.191.749	30.378	– 34.444
Sonstige Geschäfte	425.672	26.575	– 24.534
Börsengehandelte Produkte			
Zinsbezogene Geschäfte ¹	41.110	0	0
Wechselkursbezogene Geschäfte	42	12	– 27
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	315.743	12.686	– 15.570
Sonstige Geschäfte	11.776	271	– 381
Insgesamt	40.449.742	385.581	– 408.419

¹ Auf Grund von täglichen Ausgleichszahlungen sind die Marktwerte der zinsbezogenen Geschäfte null bzw. annähernd null.

Die positiven Marktwerte von 385.581 Mio € und die negativen Marktwerte von 408.419 Mio € beinhalten Derivate des Handelsbereichs sowie zu Absicherungszwecken gehaltene Derivate. Die positiven und negativen Marktwerte von Handelsderivaten sind in den sonstigen Vermögensgegenständen und den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG

ERTRÄGE NACH GEOGRAFISCHEN MÄRKTEN

Der Gesamtbetrag der Zinserträge, laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, der Provisionserträge, des Nettoertrags aus Finanzgeschäften und der sonstigen betrieblichen Erträge verteilt sich auf verschiedene Regionen und führt gemäß § 34 Abs. 2 RechKredV zu folgender Übersicht:

in Mio €	2006	2005
Bundesrepublik Deutschland	12.294	13.143
Europa ohne Deutschland	26.863	23.739
Amerika	5.694	6.299
Afrika/Asien/Australien	3.941	2.997
Insgesamt	48.792	46.178

NETTOERTRAG AUS FINANZGESCHÄFTEN

Der Nettoertrag aus Finanzgeschäften beläuft sich für das Geschäftsjahr 2006 auf 1.810 Mio€. Der Nettoertrag aus Finanzgeschäften im Geschäftsjahr 2005 belief sich auf 10.097 Mio€. Darin enthalten waren 6.608 Mio€, resultierend aus der Anpassung des Bewertungsansatzes für die Jahre bis 2004.

FÜR DRITTE ERBRACHTE DIENSTLEISTUNGEN FÜR VERWALTUNG UND VERMITTLUNG

Für Dritte wurden nachstehende Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung erbracht: Depotverwaltung, Vermittlung von Hypotheken, Versicherungen und Bausparverträgen, Verwaltung von Treuhandvermögen und Vermögensverwaltung.

ANDERE VERWALTUNGS-AUFWENDUNGEN

Die Tabelle zeigt die von unserem Abschlussprüfer abgerechneten Honorare für das Geschäftsjahr 2006 in den folgenden Kategorien:

Kategorie in Mio €	2006	2005
Prüfungshonorare	13	12
Honorare für prüfungsnahen Dienstleistungen	3	3
Honorare für Steuerberatung	1	1
Insgesamt	17	16

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Der Posten sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 1.507 Mio€ enthält im Wesentlichen 1.122 Mio€ Gewinne aus der Verschmelzung einer Tochtergesellschaft (DB Value GmbH) auf die Deutsche Bank AG, 83 Mio€ Erträge aus dem Abgang von sonstigen Vermögensgegenständen, 52 Mio€ Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, 37 Mio€ Erträge aus dem Verkauf von Krediten sowie 5 Mio€ Erträge aus dem Leasinggeschäft.

SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 639 Mio€ werden unter anderem ausgewiesen: 177 Mio€ Zuführung zu Rückstellungen für Bürgschaften, 140 Mio€ aus operativen Risiken, 80 Mio€ Aufwendungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten sowie 44 Mio€ für Versicherungsprämien.

AUßERORDENTLICHE AUFWENDUNGEN/AUßERORDENTLICHE ERTRÄGE

Die außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 92 Mio€ betreffen Restrukturierungskosten im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Konzernstruktur (Business Realignment Program). Die außerordentlichen Erträge in Höhe von 39 Mio€ betreffen Auflösungen im Zusammenhang mit im Vorjahr gebildeten Restrukturierungsrückstellungen.

SONSTIGE ANGABEN

VORSTAND UND AUFSICHTSRAT

Die Gesamtbezüge des Vorstands sind im Vergütungsbericht auf den Seiten 8 bis 11 dargestellt. An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden 27.453.021 € gezahlt. Der Aufsichtsrat erhielt inklusive Umsatzsteuer neben einer festen Vergütung von 1.157.680 € eine dividendenabhängige Vergütung in Höhe von 2.773.077 €.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen betragen insgesamt 193.366.824 €.

Zum Jahresende 2006 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 1.219.000 € und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 1.567.000 €.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 44 und 45 aufgeführt.

Das Verzeichnis der Mandate enthält eine Aufstellung aller Mandate im In- und Ausland und ist im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Es kann, ebenso wie der Corporate-Governance-Bericht, bei der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, kostenlos angefordert werden.

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 25.975 (2005: 25.927), darunter befanden sich 9.698 Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Bei den Auslandsfilialen waren im Durchschnitt 14.295 (2005: 13.274) Mitarbeiter tätig.

CORPORATE GOVERNANCE

Die Bank hat die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht.

Frankfurt am Main, den 6. März 2007

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Der Vorstand



Josef Ackermann



Hugo Bänziger



Tessen von Heydebreck



Anthony Di Iorio



Hermann-Josef Lamberti

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Bank AG. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 9. März 2007

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Becker
Wirtschaftsprüfer

Bose
Wirtschaftsprüfer

Vorstand

JOSEF ACKERMANN

Vorsitzender

HUGO BÄNZIGER

TESSEN VON HEYDEBRECK

ANTHONY DI IORIO

HERMANN-JOSEF LAMBERTI

Aufsichtsrat

DR. CLEMENS BÖRSIG

– Vorsitzender,
Frankfurt am Main
(ab 4. Mai 2006)

DR. ROLF-E. BREUER

– Vorsitzender,
Frankfurt am Main
(bis 3. Mai 2006)

HEIDRUN FÖRSTER*

– Stellvertretende Vorsitzende,
Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Berlin

DR. KARL-GERHARD EICK

Stellvertretender Vorsitzender
des Vorstands der
Deutsche Telekom AG,
Köln

KLAUS FUNK*

Deutsche Bank Privat-
und Geschäftskunden AG,
Frankfurt am Main
(bis 1. Februar 2006)

ULRICH HARTMANN

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der E.ON AG,
Düsseldorf

GERD HERZBERG*

Stellvertretender Vorsitzender der
ver.di Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft,
Berlin
(ab 2. Juni 2006)

SABINE HORN*

Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

ROLF HUNCK*

Deutsche Bank AG,
Hamburg

SIR PETER JOB

London

PROF. DR.

HENNING KAGERMANN

Sprecher des Vorstands
der SAP AG,
Walldorf/Baden

ULRICH KAUFMANN*

Deutsche Bank AG,
Düsseldorf

PETER KAZMIERCZAK*

Deutsche Bank AG,
Essen
(ab 1. Februar 2006)

PROF. DR. DR. H.C.

PAUL KIRCHHOF

Universitätsprofessor, Ruprecht-
Karls-Universität Heidelberg,
Heidelberg
(bis 15. Juli 2006)

MAURICE LÉVY

Chairman und Chief Executive
Officer, Publicis Groupe S.A.,
Paris
(ab 1. Juni 2006)

HENRIETTE MARK*

Deutsche Bank AG,
München

MARGRET MÖNIG-RAANE*

Stellvertretende Vorsitzende der
ver.di Vereinte Dienstleistungs-
gewerkschaft,
Berlin
(bis 1. Juni 2006)

PROF. DR. JUR. DR.-ING. E.H.

HEINRICH VON PIERER

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Siemens AG,
Erlangen

GABRIELE PLATSCHER*

Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Braunschweig

KARIN RUCK*

Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

DR. THEO SIEGERT

Geschäftsführender Gesellschafter
der de Haen Carstanjen & Söhne,
Düsseldorf
(ab 16. Juli 2006)

TILMAN TODENHÖFER

Persönlich haftender
Gesellschafter der Robert Bosch
Industrietreuhand KG,
Stuttgart

DIPL.-ING. DR.-ING. E.H.

JÜRGEN WEBER

Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Deutsche Lufthansa AG,
Hamburg

DIPL.-ING.

ALBRECHT WOESTE

Vorsitzender des Aufsichtsrats und
Gesellschafterausschusses der
Henkel KGaA,
Düsseldorf
(bis 1. Juni 2006)

LEO WUNDERLICH*

Deutsche Bank AG,
Mannheim

* Arbeitnehmersvertreter

Ausschüsse

PRÄSIDENTIALAUSSCHUSS

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender (ab 4. Mai 2006)

Dr. Rolf-E. Breuer
– Vorsitzender (bis 3. Mai 2006)

Heidrun Förster*

Ulrich Hartmann

Ulrich Kaufmann*

VERMITTLUNGSAUSSCHUSS

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender (ab 4. Mai 2006)

Dr. Rolf-E. Breuer
– Vorsitzender (bis 3. Mai 2006)

Heidrun Förster*

Ulrich Hartmann

Henriette Mark*

PRÜFUNGSAUSSCHUSS

Dr. Karl-Gerhard Eick
– Vorsitzender

Dr. Clemens Börsig (ab 4. Mai 2006)

Dr. Rolf-E. Breuer (bis 3. Mai 2006)

Heidrun Förster*

Sabine Horn*

Rolf Hunck*

Sir Peter Job

RISIKOAUSSCHUSS

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender (ab 4. Mai 2006)

Dr. Rolf-E. Breuer
– Vorsitzender (bis 3. Mai 2006)

Sir Peter Job

Prof. Dr. Henning Kagermann

Prof. Dr. jur. Dr.-Ing. E.h.
Heinrich von Pierer
– Ersatzmitglied

Tilman Todenhöfer
– Ersatzmitglied

Regional Advisory Board Europe

WERNER WENNING

– Vorsitzender
Vorsitzender des Vorstands
der Bayer AG, Leverkusen

DR. KURT BOCK

Mitglied des Vorstands der
BASF Aktiengesellschaft,
Ludwigshafen

CARL L. VON BOEHM-BEZING

Frankfurt am Main
(bis 1. Juni 2006)

DR. KARL-LUDWIG KLEY

Stellvertretender Vorsitzender der
Geschäftsleitung und
persönlich haftender Gesellschafter
der Merck KGaA, Darmstadt

FRANCIS MER

Bourg-la-Reine

ALEXEY A. MORDASHOV

Chairman of the Board
of Directors, Severstal;
Director General, Severstal-Group,
Cherepovets

DR. H. C. AUGUST OETKER

Persönlich haftender
Gesellschafter
Dr. August Oetker KG, Bielefeld

ECKHARD PFEIFFER

Kitzbühl

DR. BERND PISCHETSRIEDER

Volkswagen AG, Wolfsburg

DR. WOLFGANG REITZLE

Vorsitzender des Vorstands
der Linde AG, Wiesbaden

DR. RER. POL.

MICHAEL ROGOWSKI
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der J. M. Voith AG, Heidenheim

HÅKAN SAMUELSSON

Vorsitzender des Vorstands
der MAN Aktiengesellschaft,
München

MARIA-ELISABETH

SCHAEFFLER

Gesellschafterin der
INA-Holding Schaeffler KG,
Herzogenaurach

DR. CEZARY STYPULKOWSKI

Ehemals President and CEO
PZU SA, Warschau
(bis 31. Dezember 2006)

JÜRGEN R. THUMANN

Präsident des Bundesverbands der
Deutschen Industrie e.V., Vorsitzen-
der des Gesellschafterausschusses
Heitkamp & Thumann KG,
Düsseldorf

DR. DIETER ZETSCHÉ

Vorsitzender des Vorstands und
Leiter der Mercedes Car Group der
DaimlerChrysler AG, Stuttgart

Regional Client Advisory Board – Americas

MICHAEL CAPELLAS

Senior Advisor, Silver Lake Partners;
Ehemals President & CEO, MCI

ANTHONY W. DEERING

Chairman, Exeter Capital

ARCHIE DUNHAM

Ehemals Chairman, ConocoPhillips

BENJAMIN H. GRISWOLD, IV

Chairman, Brown Advisory

ROBERT L. JOHNSON

Founder & Chairman,
the RLJ Companies;
Founder & Former Chairman,
Black Entertainment Television

EDWARD KANGAS

Chairman, Tenet Healthcare;
Ehemals Chairman & CEO,
Deloitte Touche Tohmatsu

LYNN MARTIN

President, Martin Hall Group;
Ehemals U.S. Labor Secretary

ROBERT P. MAY

CEO, Calpine Corp.

MICHAEL E. J. PHELPS

Chairman, Dornoch Capital;
Ehemals CEO & President,
WestCoast Energy

NORMAN AUGUSTINE

Ehemals CEO & Chairman,
Lockheed Martin
(seit 1. Januar 2007)

GEORGE J. MITCHELL

Ehemals Chairman, Walt Disney
Company;
Former U.S. Senator
(seit 1. Januar 2007)

JOHN SNOW

Chairman, Cerberus Capital
Management;
Ehemals U.S. Treasury Secretary
(seit 1. Januar 2007)

WICHTIGE TERMINE

2007

08. Mai 2007	Zwischenbericht zum 31. März 2007
24. Mai 2007	Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)
25. Mai 2007	Dividendenzahlung
01. August 2007	Zwischenbericht zum 30. Juni 2007
31. Oktober 2007	Zwischenbericht zum 30. September 2007

2008

07. Februar 2008	Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2007
26. März 2008	Geschäftsbericht 2007 und Form 20-F
29. April 2008	Zwischenbericht zum 31. März 2008
29. Mai 2008	Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)
30. Mai 2008	Dividendenzahlung
31. Juli 2008	Zwischenbericht zum 30. Juni 2008
30. Oktober 2008	Zwischenbericht zum 30. September 2008
